

# NATO *Brief*

## *Die NATO im neuen Jahrtausend*



**NR. 4**

WINTER 1999

ERSCHEINUNGSWEISE  
VIERTELJÄHRlich

*Lord Robertson*

**3 Die NATO im neuen Jahrtausend**

*Lloyd Axworthy*

**8 Der neue Sicherheitsauftrag der NATO**

*Joseph S. Nye, Jr.*

**12 Die Neubestimmung der Bündnismission im Informationszeitalter**

*Boris Frlec*

**16 Die Förderung der Stabilität Südosteuropas aus slowenischer Sicht**

*Bodo Hombach*

**20 Der Stabilitätspakt: Erschließung neuer Möglichkeiten auf dem Balkan**

*Martin Dahinden*

**24 Die Sicherheitspolitik der Schweiz und ihre Partnerschaft mit der NATO**

*Nancy T. Schulte*

**29 Das Wissenschaftsprogramm der NATO intensiviert die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten**

*Index 1999*

**33 Wichtige Artikel in der alphabetischen Reihenfolge der Verfasser**

**34 Inhalt der einzelnen Nummern**

**Titelbild:** NATO-Generalsekretär Lord Robertson während einer informellen Sitzung des Nordatlantikrats am 14. Oktober 1999, seinem ersten Tag im Amt. (Foto: NATO)

NATO-Generalsekretär Lord Robertson und die Ständigen Vertreter des Nordatlantikrats am 22. Oktober 1999 an einem Kontrollposten auf der Straße von Pristina (Kosovo) nach Skopje, der Hauptstadt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*) während eines zweitägigen Besuchs in dieser Region. (Foto: NATO)

\*) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.



**Die NATO im Blickpunkt**

**15 Neuer Ständiger Vertreter Deutschlands**

**26 Beitritt Irlands zur Partnerschaft für den Frieden**

**28 Neuer Ständiger Vertreter Dänemarks**

**Interimsredaktion:** Vicki Nielsen  
**Produktion:** Felicity Breeze  
 NATO Office of Information and Press  
 B-1110 Brüssel  
 Fax: 00 32 27 07 45 79  
 E-Mail: NATODOC@HQ.NATO.INT

NATO Review und andere NATO-Veröffentlichungen sind auch verfügbar über World Wide Web  
[HTTP://WWW.NATO.INT/](http://WWW.NATO.INT/)

**Gesamtherstellung:**  
 SZ Offsetdruck-Verlag  
 Herbert W. Schallowetz GmbH,  
 53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V., Am Burgweiher 12, 53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben. Der NATO BRIEF wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung

atlantischer Probleme herausgegeben. Die im NATO BRIEF veröffentlichten Beiträge stellen nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

**NATO-VERÖFFENTLICHUNGEN**

Der NATO BRIEF erscheint vierteljährlich auch in: Dänisch - NATO Nyt; Französisch - Revue de l'OTAN; Englisch - NATO Review; Italienisch - Notizie NATO; Niederländisch - NAVO Kroniek; Spanisch - Revista de la OTAN; Tschechisch; Griechisch - Deltio NATO; Norwegisch - NATO Nytt; Polnisch - Przegląd NATO; Portugiesisch - Notícias de OTAN; Türkisch - NATO Dergisi; Ungarisch - NATO Tükör. In isländischer Sprache (NATO Fréttir) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Falblätter zu verschiedenen Themen heraus, darunter:

- Dokumentation über das Bündnis
- wirtschaftliche und wissenschaftliche Publikationen

Die Publikationen sind vorrätig in den offiziellen NATO-Sprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung, wie z. B. „Tatsachen und Dokumente“ und „NATO Handbuch“.

Der NATO BRIEF wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

**Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 53113 Bonn**

an Interessenten abgegeben. Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

ISSN 0255-3813

# Die NATO im neuen Jahrtausend

*Lord Robertson*

*NATO-Generalsekretär und Vorsitzender des Nordatlantikrats*

*In seinem ersten Beitrag für den NATO BRIEF erläutert der neue Generalsekretär seine Vision für das Bündnis sowie die zentralen Prioritäten, die er sich – gestützt auf die Erfolge seines Vorgängers – zu Beginn seiner Amtszeit setzt. Das Bündnis muss weiterhin an seinem wesentlichen Fundament, d.h. an soliden transatlantischen Beziehungen festhalten, die sich auf gemeinsame Werte und das gemeinsame Engagement für diese Werte stützen. Mit Blick auf dieses Ziel muss die NATO ein besseres Gleichgewicht herstellen, indem sie den Beitrag der Europäer innerhalb eines militärisch stärkeren Bündnisses ausbaut. Zudem muss die neue NATO offen bleiben – offen für die Aufnahme neuer Mitglieder, für die Vertiefung der Zusammenarbeit mit ihren Partnerstaaten und für kreative Möglichkeiten zur Förderung des Friedens und der Sicherheit im euro-atlantischen Raum.*

Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass es mir eine große Ehre ist, dieses Amt übernehmen zu dürfen. Die NATO war und ist auch heute noch das wirksamste Bündnis der Welt. In den letzten fünfzig Jahren hat sie mehr als jede andere Organisation dazu beigetragen, den Frieden, die Freiheit und die Demokratie ihrer Mitgliedstaaten zu wahren, und in den letzten Monaten hat das Bündnis unter Beweis gestellt, dass es auch den schwierigsten Sicherheitsproblemen des euro-atlantischen Raums voll und ganz gewachsen ist.

Den Erfolg der letzten Jahre verdanken wir zu einem großen Teil meinem Vorgänger, Dr. Javier Solana. Während seiner vierjährigen Amtszeit war das Bündnis mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen:

- ◆ die erste Friedensmission der NATO außerhalb des Bündnisgebiets in Bosnien und Herzegowina,
- ◆ die erste Erweiterung des Bündnisses nach dem Ende des Kalten Krieges,
- ◆ historische Vereinbarungen mit Russland und der Ukraine,

- ◆ die Vertiefung der Partnerschaft mit 25 mitteleuropäischen und zentralasiatischen Staaten,
- ◆ interne Reformen, einschließlich der neuen Kommandostruktur, und natürlich,
- ◆ die äußerst schwierigen 78 Tage der Luftoperationen zur Beendigung der Tragödie im Kosovo.

Alle diese Herausforderungen haben wir dank der Führungsstärke Javier Solanas sowie dank der beachtlichen Geschlossenheit und Anpassungsfähigkeit des Bündnisses bewältigen können.

Die NATO hat sich von einem passiven, reaktiven Verteidigungsbündnis zu einer Organisation entwickelt, die in ganz Europa aktiv auf mehr Sicherheit hinarbeitet. In den letzten zehn Jahren hat die NATO ihren Auftrag so erfolgreich erfüllt, dass das Bündnis selbst nun mehr Bedeutung hat und unerlässlicher ist als je zuvor. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die NATO als Bündnis auf einem äußerst soliden Fundament.



*NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 21. Oktober 1999 im Gespräch mit Soldaten der multinationalen SFOR-Truppe in Sarajewo (Bosnien) während eines zweitägigen Besuchs in der Region.*

*(Foto: NATO)*

Der Nordatlantiktat am 22. Oktober 1999 während eines Treffens mit führenden Vertretern der Albaner und der Serben im KFOR-Hauptquartier in Pristina, Kosovo. (Foto: NATO)



Meine Aufgabe besteht nun darin, auf diesem Erfolg aufzubauen, damit die NATO weiterhin den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Dies möchte ich im Folgenden näher erläutern.

## Stabilisierung der Balkanstaaten

Zunächst einmal wird die NATO weiterhin ihre Aufgaben hinsichtlich der Stabilisierung des Balkans in vollem Umfang wahrnehmen müssen. Wir müssen nicht nur den Frieden konsolidieren, auf den wir im Kosovo hinarbeiten, sondern auch die umfassenderen Bemühungen der Völkergemeinschaft um dauerhafte Stabilität und langfristigen Wohlstand in ganz Südosteuropa unterstützen. Wir müssen sicherstellen, dass die Zukunft dieser Region nicht der Vergangenheit zum Opfer fällt.

Im Kosovo können wir bereits reale Fortschritte verzeichnen. Mit den Luftoperationen haben wir unser Ziel erreicht und die ethnischen Säuberungen rückgängig gemacht sowie Präsident Milosević zum Abzug seiner Truppen gezwungen. Langsam wird wieder ein sicheres Umfeld geschaffen. Mehr als 800 000 Flüchtlinge sind schon in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Vereinten Nationen sind mit ihrer Mission präsent, und auf den Straßen sind 1 800 VN-Polizisten im Einsatz.

Die UCK wurde aufgelöst und eine Zivilschutztruppe aufgebaut. Ein multiethnischer Übergangsrat tritt einmal wöchentlich zusammen und schafft die Voraussetzungen für eine multiethnische politische Zukunft. Darüber hinaus laufen bereits die Vorbereitungen für die Wahlen, die nächstes Jahr abgehalten werden sollen. Angesichts des Chaos und der Gewalt, unter denen das Kosovo noch vor wenigen Monaten unter jugoslawischer Herrschaft litt, sind dies echte Fortschritte.

Noch immer ist viel zu tun. Das unmittelbare Ziel der Völkergemeinschaft einschließlich der NATO besteht darin, jedem Bürger des Kosovo den Frieden und die Sicherheit zugute kommen zu lassen, die wir alle genießen. Mit der Zeit müssen wir auch die Demokratie fördern und allmählich die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung des Kosovo schaffen. Dies wird von uns echtes Engagement ver-

langen, aber wir werden nicht aufgeben. Wir haben den Krieg gewonnen, und wir dürfen den Frieden nicht verlieren.

Bosnien zeigt, wie viel sich mit geduldigem Engagement erreichen lässt. Dieses Land hat seit dem Beginn der NATO-Mission (1995) greifbare Fortschritte gemacht, und die Lage verbessert sich immer mehr. 1999 sind rund 80 000 Flüchtlinge zurückgekehrt – doppelt so viele wie 1998. Immer häufiger werden gemäßigte Politiker in Regierungsämter gewählt, denn die Bevölkerung will Frieden. Die Sicherheitslage hat sich sogar so sehr gebessert, dass das Bündnis die Zahl seiner Truppen in Bosnien um ein Drittel auf etwa 20 000 Mann verringern kann. Wir nähern uns somit unserem langfristigen Ziel, einem sich selbst tragenden Frieden in Bosnien.

Um unseren Erfolg bezüglich dieser beiden Krisenherde zu konsolidieren, müssen wir jedoch unsere Aufmerksamkeit über Bosnien und das Kosovo hinaus auf Südosteuropa insgesamt richten. Während der gesamten Kosovo-Operation bewiesen unsere Partnerstaaten in Südosteuropa ihre Solidarität mit dem Vorgehen der NATO und unterstützten die NATO-Staaten trotz ihrer wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme. Jetzt sollten sie sich auch auf uns verlassen können.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa unter der Ägide der EU ist ein bedeutender Schritt nach vorn. Durch ihn wird die Notwendigkeit eines umfassenderen politischen Ansatzes anerkannt, der für ganz Südosteuropa gelten und drei Schwerpunktbereiche aufweisen sollte: Demokratisierung und Menschenrechte, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit sowie Sicherheitsfragen.

Auf der Sicherheitsebene unterstützt die NATO den Pakt durch ihr aktives Engagement. Von zentraler Bedeutung ist hier die Südosteuropainitiative, die wir im April 1999 auf dem Washingtoner Gipfeltreffen einleiteten. Im Rahmen dieser Initiative bemühen sich die NATO-Staaten und sieben Staaten der Region gemeinsam um den Ausbau der praktischen Zusammenarbeit. Wir werden mit diesen Partnerstaaten darauf hinarbeiten, die regionale Zusammenarbeit zu fördern. Zudem werden wir beitriftswillige Staaten Südosteuropas im Rahmen des Erweiterungsprozesses bei der Vorbereitung ihrer Beitrittsanträge unterstützen.



Ich möchte zum Aufbau einer Balkanregion beitragen, die Mitglied der demokratischen Wertegemeinschaft Europas ist. Dies wird während meiner Amtszeit als Generalsekretär zu meinen Prioritäten zählen.

## Ausbau der Verteidigungsfähigkeit und der Interoperabilität

Sowohl in Bosnien als auch im Kosovo zeigte sich der Wert diplomatischer Bemühungen, die sich auf Gewalt stützen können. Sollten wir in Zukunft noch einmal zu einem solchen Vorgehen gezwungen sein, so müssen wir sicherstellen, dass uns ein angemessenes Gewaltpotential zur Verfügung steht. In dieser Hinsicht war die Kosovo-Operation nicht nur ein Erfolg, sondern auch ein Weckruf. Er ließ uns sehr deutlich erkennen, dass die NATO ihre Verteidigungsfähigkeit verbessern muss. Wir müssen heute Veränderungen vornehmen, um für ein ungewisses Morgen gewappnet zu sein.

Während der Luftoperationen trugen die Vereinigten Staaten einen übermäßig hohen Teil der Lasten, weil die ande-

ren Verbündeten nicht über die militärischen Fähigkeiten und Technologien verfügten, die notwendig waren. Dieses Ungleichgewicht müssen wir zweifellos beseitigen und darauf hinarbeiten, dass alle NATO-Staaten über die Technologie verfügen, die für ihre militärische Effizienz und eine wirksame Zusammenarbeit erforderlich ist.

Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, die wir auf dem Washingtoner Gipfel in die Wege leiteten, ist ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Sie wird dazu beitragen, dass alle NATO-Staaten bestimmte wesentliche Fähigkeiten entwickeln. Sie wird auch Maßnahmen zur Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte der Bündnisstaaten umfassen. Hier geht es nicht einfach darum, mehr auszugeben, sondern es kommt auch darauf an, die vorhandenen Mittel sinnvoller zu nutzen.

Die Förderung der Interoperabilität zwischen den Streitkräften der NATO und denen ihrer Partnerstaaten zählt ebenfalls zu den zentralen Prioritäten. Wir haben sowohl in Bosnien als auch im Kosovo gesehen, welche eine große Bedeutung den Partnerstaaten inzwischen bei der Durchführung von Friedensoperationen in Europa zukommt.



## Ein besseres Gleichgewicht im Bündnis

Darüber hinaus möchte ich dazu beitragen, die Rolle der Europäer in der NATO zu stärken. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) ist nicht nur eine schöne Idee; sie ist eine dringende Notwendigkeit. Die Vereinigten Staaten sollten – einfach ausgedrückt – nicht einen übermäßig hohen Anteil der durch europäische Sicherheitskrisen entstehenden Lasten tragen müssen. Wir müssen im Bündnis für ein besseres Gleichgewicht sorgen und einen größeren Beitrag der Europäer sicherstellen.

*Amerikanische Soldaten des 31. Expeditionsgeschwaders am 30. März 1999 auf dem italienischen Luftwaffenstützpunkt Aviano bei der Vorbereitung der lasergelenkten Bomben einer F-15. Während der Operation „Allied Force“ stützten sich die Bündnispartner in hohem Maße auf die modernere Waffentechnologie der amerikanischen Luftstreitkräfte.*

*(Foto: Reuters)*



Javier Solana, Hoher Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, am 15. November 1999 in Brüssel während der ersten offiziellen gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der EU im Gespräch mit der finnischen Außenministerin Tarja Halonen, der Vorsitzenden des EU-Rates. Als Vorbereitung für den für Dezember geplanten EU-Gipfel in Helsinki wurden Vorschläge zum Aufbau einer europäischen Schnellreaktionstruppe erörtert.

(Foto: AP)

Der ehemalige russische Präsident Boris Jelzin, Außenminister Igor Iwanow (links) und Verteidigungsminister Igor Sergejew (Mitte) am 18. November 1999 während der Eröffnung des OSZE-Gipfeltreffens in Istanbul. Für Lord Robertson zählt es zu den Prioritäten des Bündnisses, die Beziehungen zwischen der NATO und Russland wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.

(Foto: AP)

Europa ist sich dessen durchaus bewusst und leitet auch die ersten diesbezüglichen Maßnahmen ein. Es muss nun die nötigen Dispositive und Institutionen aufbauen, damit es im Hinblick auf die Wahrung des Friedens und der Sicherheit eine größere Rolle spielen kann. Die NATO unterstützt diesen Prozess.

Was mich betrifft, so werde ich darauf hinarbeiten, dass die ESVI auf folgenden Grundsätzen beruht:

- ◆ Verbesserung der europäischen Verteidigungsfähigkeit,
- ◆ Einbeziehung und Transparenz hinsichtlich aller Bündnispartner,
- ◆ Unteilbarkeit der transatlantischen Sicherheit auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte.

Die ESVI bedeutet nicht „weniger USA“, sondern „mehr Europa“ und eine stärkere NATO. Meiner diesbezüglichen Zusammenarbeit mit Javier Solana in seiner neuen Funktion als „Monsieur PESC“<sup>(1)</sup> sehe ich voller Erwartung entgegen.

## Konsolidierung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland

Ferner wird es zu meinen dringenden Prioritäten zählen, auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland hinzuwirken. Ich begrüße es, dass Russland – auch auf militärischer Ebene – wieder an den Sitzungen des Ständigen Gemeinsamen Rates teilnimmt. Wir müssen jedoch über die Bosnien- und Kosovodiskussionen hinausgehen und die Arbeit mit dem gesamten Spektrum der in der Grundakte vereinbarten Kooperationsaktivitäten fortsetzen.

Der Grund dafür ist ganz einfach: Die Sicherheit Europas verlangt die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland.

Daran führt kein Weg vorbei. Russland und die NATO haben gemeinsame Interessen: die Wahrung des Friedens auf dem Balkan, Rüstungskontrolle, Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Es ist für uns von gegenseitigem Vorteil, in Konsensbereichen zusammenzuarbeiten, und unseren Dialog in den strittigen Fragen fortzusetzen. Ich will mein Möglichstes tun, um tragfähige, praktische Beziehungen dieser Art aufzubauen.

## Stärkung unserer Beziehungen zu den Partnerstaaten

Zudem möchte ich auch die Beziehungen zwischen der NATO und ihren übrigen Partnerstaaten noch weiter stärken. Während der gesamten Kosovo-Krise haben die Partnerstaaten der NATO deutlich unter Beweis gestellt, dass sie in Sicherheitsfragen keine Statisten mehr sind. Sie spielen heute Hauptrollen.

Die Nachbarstaaten des Kosovo leisteten Zehntausenden von Flüchtlingen, die vor der Brutalität serbischer Sicherheitskräfte geflohen waren, wertvolle Hilfe. Sie unterstützten entschlossen die NATO-Operationen zur Beendigung der Gewalttaten. Zudem beteiligen sich nun im Kosovo wie zuvor in Bosnien mehr als 20 Partnerstaaten mit der Entsendung von Truppenkontingenten an der Wahrung des Friedens.

Dank dieser bedeutenden Beiträge ist der Wert des Programms der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR) im Hinblick auf die Entwicklung eines kooperativen Sicherheitsansatzes für den gesamten euro-atlantischen Raum deutlich geworden. Ich möchte diese Initiativen noch operativer gestalten und ihre Relevanz für die Sicherheitserfordernisse unserer Partnerstaaten steigern. Deshalb will ich die Maßnahmen zur Verbesserung der PfP, die wir kürzlich zur Erhöhung der Interoperabilität und zur Stärkung der Rolle unserer Partnerstaaten bei der Planung und Durchführung von Friedensoperationen unter der Leitung der NATO vorgenommen haben, in vollem Umfang unterstützen.



(1) Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

## Die nächste Erweiterungsrunde

Schließlich wird es eine meiner wichtigsten Aufgaben sein, die NATO auf die nächste Erweiterungsrunde vorzubereiten. Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben sich verpflichtet, eine neue Erweiterungsrunde spätestens für das Jahr 2002 in Erwägung zu ziehen.

Bis dahin müssen wir das Potential des Aktionsplans zur Mitgliedschaft optimal nutzen und alle beitriftswilligen Staaten so weit wie möglich auf dem Weg zu ihren Zielen unterstützen. Die Tür zur NATO wird offen bleiben.

Insgesamt gesehen ist dies eine umfassende und ehrgeizige Tagesordnung, und es wird viel harte Arbeit erfordern, unsere Ziele zu erreichen. Mit Blick auf die Zukunft dieses großen Bündnisses bin ich jedoch sehr zuversichtlich.

Heute steht die NATO unverändert im Mittelpunkt der kollektiven Verteidigung Europas; sie hat neue Aufgaben und neue Mitglieder und arbeitet kontinuierlich an der Vertiefung ihrer Partnerschaften. Es kommt sehr darauf an, dass die NATO auch noch im nächsten Jahrhundert ihren einzigartigen und entscheidenden Beitrag zur euro-atlantischen Sicherheit leisten kann. ■



### Kurzbiographie des neuen Generalsekretärs

**Lord Robertson (53) hat am 14. Oktober 1999 als Nachfolger von Dr. Javier Solana das Amt des Generalsekretärs der NATO angetreten.**

**Er wurde in Port Ellen auf Islay (Schottland) geboren und absolvierte an der Universität Dundee ein Wirtschaftsstudium. Nach seinem Studium arbeitete George Robertson von 1968 bis 1978 für die Gewerkschaft „General, Municipal and Boilermakers' Union“, wo er für die schottische Whisky-Industrie zuständig war.**

**Danach begann er seine politische Laufbahn und war von 1978 bis 1999 Labour-abgeordneter für Hamilton (jetzt Hamilton South). 1979 war er der persönliche Referent des britischen Sozialministers.**

**Nach den Parlamentswahlen von 1979 war er als Sprecher der Opposition zunächst für schottische Angelegenheiten (1979-1980) und dann für Verteidigungsfragen (1980-1981) zuständig. Von 1981 bis 1993 hatte er als Oppositionspolitiker verschiedene außenpolitische Funktionen; er war außenpolitischer Sprecher (auch stellvertretender außenpolitischer Sprecher) der Opposition (1983) und Erster Sprecher für europäische Angelegenheiten (1984-1993). 1993 wurde er als Schottlandminister Mitglied des Schattenkabinetts. Dieses Amt bekleidete er, bis Labour nach den Wahlen vom Mai 1997 wieder an die Regierung kam.**

**George Robertson war dann bis zu seiner Ernennung zum NATO-Generalsekretär Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs.**

**Noch bevor er sein jetziges Amt antrat, erhielt er am 24. August 1999 den nichterblichen Titel „Lord Robertson of Port Ellen“.**

**Er war in zahlreichen Gremien als Berater tätig und wurde mit einer Reihe von Auszeichnungen geehrt. So wurden z.B. 1993 seine Verdienste um die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht mit der Auszeichnung „Parlamentarier des Jahres“ gewürdigt.**

[Für den vollständigen Lebenslauf des Generalsekretärs siehe [www.nato.int/cv/secgen/robert-e.htm](http://www.nato.int/cv/secgen/robert-e.htm)]

NATO-Generalsekretär Lord Robertson und General Wesley Clark (SACEUR) bei einem Treffen mit Ljupco Georgievski, dem Ministerpräsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (\*), einer der NATO-Partnerstaaten und Nachbarstaaten des Kosovo, von denen die Bündnispartner während der Kosovo-Krise entschlossen unterstützt wurden und die Hunderttausenden kosovo-albanischen Flüchtlingen äußerst wertvolle Hilfe leisteten. (Skopje, 22. Oktober 1999)

(Foto: Belga)

(\*) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

# Der neue Sicherheitsauftrag der NATO

Lloyd Axworthy  
Außenminister Kanadas

*Im neuen Sicherheitsumfeld wird die Sicherheit des Einzelnen – „die persönliche Sicherheit“ – für demokratische Regierungen zu einem immer wichtigeren politischen Faktor. Die Kosovo-Krise zeigt, dass der Einzelne in zunehmendem Maße das Hauptopfer und das wesentliche Ziel staatlich geförderter Aggression ist. Sie zeigt auch, welche Dynamik die persönliche Sicherheit entfalten kann, denn der humanitäre Imperativ war der Auslöser für die Intervention des Bündnisses. Sanktionen und militärische Gewalt sind jedoch nicht die einzigen Mittel, mit denen die Völkergemeinschaft Gefahren für die persönliche Sicherheit entgegenreten kann. Es gibt nämlich viel Raum für präventive Maßnahmen. Das NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden fördert im gesamten euro-atlantischen Raum die Demokratie und somit auch die persönliche Sicherheit, und multilaterale Initiativen bei Minenräumaktionen sowie in Bezug auf die Bekämpfung des Handels mit Handfeuerwaffen – als nur zwei Beispiele für Bereiche, in denen sich die Sachkenntnis der NATO sinnvoll nutzen lässt – fördern ebenfalls die persönliche Sicherheit.*

Der kanadische Außenminister Lloyd Axworthy am 17. November 1999 bei der Einweihung des Verbindungsbüros der kanadischen Regierung in Pristina, der Hauptstadt des Kosovo.

(Foto: AP)

Im Jahr ihres 50. Geburtstags war die NATO mit einer völlig anderen Welt konfrontiert als in den ersten vierzig Jahren ihrer Geschichte. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete sowohl in Europa als auch weltweit eine tiefgreifende Veränderung des strategischen Umfelds. Zudem führen die sich beschleunigende Globalisierung und die zunehmende Bedeutung grenzüberschreitender Phänomene zu immer neuen Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen. Die Gefahren für die Sicherheit sind heute komplexer als je zuvor. Ein breites Spektrum neuer grenzüberschreitender Faktoren – massive Wanderungsbewegungen, ethnische Konflikte, organisiertes Verbrechen, Krankheiten, Umweltverschmutzung, Überbevölkerung und Unterentwicklung – können sich ebenso wie die traditionellen Gefahren der zwischenstaatlichen Aggression auf den Frieden und die Sicherheit auswirken.

## Die Dynamik des neuen Sicherheitsbegriffs

In diesem sich ändernden Umfeld sind Konzeptionen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die sich in erster Linie auf die nationale Sicherheit stützen, nicht mehr ausreichend. Die meisten Konflikte der letzten 15 Jahre waren innerstaatlicher und nicht zwischenstaatlicher Art, und die meisten Opfer waren Zivilisten. Die Sicherheit des Einzelnen – „die persönliche Sicherheit“ – gewinnt für unsere Definition von Frieden und Sicherheit immer mehr an Bedeutung. Die neuen Konflikte sind zudem häufig mit zahlreichen Greueltaten, Gewaltverbrechen und Terroraktionen verbunden.



Auch wenn die Sicherheit von und zwischen Staaten unverändert eine notwendige Bedingung für die persönliche Sicherheit ist, hat sich unser Sicherheitsverständnis in den letzten Jahren notwendigerweise sehr erweitert. Die neuen Konflikte, wie wir sie jetzt beobachten, sind äußerst komplex und ergeben sich aus einer Vielzahl von Faktoren. Auch ihre Lösungen sind komplex und stützen sich auf eine Vielzahl von Instrumenten politischer, ziviler und militärischer Art.

In der Krise im Kosovo und in der Reaktion des Bündnisses kommt die Dynamik des neuen Sicherheitsbegriffs konkret zum Ausdruck. Zunächst einmal hat der Konflikt im Kosovo auf schmerzliche Weise deutlich gemacht, dass Einzelpersonen in zunehmendem Maße die Hauptopfer, -ziele und -instrumente des modernen Krieges sind. Die unauslöschlichen Bilder des Kosovo-Konflikts – die Zwangsvertreibung und die brutale, blinde Gewalt – all dies ließ deutlich hervortreten, dass man keine international anerkannten Mechanismen hatte, um Zivilisten vor einem aggressiven, tyrannischen Staat zu schützen. Die Reaktion der

Bündnispartner zeigte dann, dass die Verteidigung der „persönlichen Sicherheit“ zu einem globalen Anliegen geworden ist: Der humanitäre Imperativ hat die NATO zum Eingreifen veranlasst. Unser Bündnis verfügte sowohl über die Mittel als auch über die Entschlossenheit zum Handeln, und ich habe keinen Zweifel daran, dass es dies erforderlichenfalls noch einmal tun wird.

Leider ist es nicht immer möglich, in jeder Region der Welt hart durchzugreifen. In Zentralafrika, Osttimor und



Sierra Leone haben Zivilisten am meisten unter den neuen Kriegspraktiken gelitten; dazu zählen der bedauerliche Einsatz von Kindern als Soldaten und die zunehmende Verwendung brutaler paramilitärischer Truppen, mit denen die staatliche Beteiligung manchmal vertuscht werden soll. Zivilisten sind auch die Hauptleidtragenden in Bezug auf die blind wütenden, billigen Waffen des modernen Krieges wie z.B. Antipersonenminen und militärische Handfeuerwaffen.

Es ist klar geworden, dass die Vereinten Nationen ihre Friedens- und Sicherheitsaufgaben nur dann erfüllen können, wenn die Mitgliedstaaten den politischen Willen haben, zu einer Lösung beizutragen. Derartige Lösungen können gegebenenfalls den Einsatz militärischer Gewalt umfassen, aber zu den anderen Optionen zählen auch politische Maßnahmen wie ein abgestimmtes Vorgehen gegen die unkontrollierte Weitergabe von Handfeuerwaffen.

Die Frage der Sicherheit des Einzelnen ist natürlich nichts Neues, und die heutigen Gefahren für die persönliche Sicherheit sind auch nicht alle Phänomene der jüngsten Zeit. Die Stigmatisierung bestimmter Personen und das Problem der Straffreiheit sind so alt wie Methusalem. Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität sind vielleicht Probleme jüngerer Datums, aber selbst sie gibt es schon seit einigen Jahrzehnten.

Ebenso wenig begann die Völkergemeinschaft auch erst gestern mit der Suche nach einer geeigneten Antwort auf die Not von Zivilisten in bewaffneten Konflikten. Als vor mehr als 100 Jahren das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gegründet wurde, entstand eine moderne Sicherheitsdoktrin, die sich auf die Sicherheit des Einzelnen stützte. Diese Doktrin kommt in allen Gründungsdokumenten zum Ausdruck, die dem heutigen System der internationalen Organisationen zugrunde liegen, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Konventionen von 1949 (sowie deren Zusatzprotokolle von 1977).

## Die neue sicherheitspolitische Tagesordnung

Das Neue besteht in einem neuen Paradigma. Durch das Konzept der persönlichen Sicherheit wird ein neuer Maßstab zur Beurteilung des Erfolgs oder Misserfolgs nationaler und internationaler Sicherheitsstrategien geschaffen. Es geht um die Frage, ob diese Strategien den Schutz von Zivilisten vor staatlich geförderter Aggression und innerstaatlichen, insbesondere ethnischen Konflikten verbessern.

Dies bedeutet nicht, dass die nationale Sicherheit im traditionellen Sinne nun weniger wichtig ist. Ganz im Gegenteil: Die Sicherheit zwischen Staaten ist unverändert eine notwendige Bedingung für die Sicherheit des Einzelnen. Die Sicherheit eines Staates kann jedoch nicht für sich allein gesehen die Sicherheit seiner Bevölkerung garantieren. Das Konzept der Sicherheit des Einzelnen hilft uns nicht nur, die Wirksamkeit unserer Sicherheitsstrategien zu beurteilen, sondern unterstreicht auch die Bedeutung präventiver Maßnahmen zur Verringerung der Risiken und steckt den Kurs für Abhilfemaßnahmen in den Fällen ab, in denen präventive Strategien scheitern.

Die neue sicherheitspolitische Tagesordnung integriert daher den traditionellen Sicherheitsansatz mit dem Konzept der persönlichen Sicherheit und führt in der Praxis zu neuen Methoden für die Bewertung politischer Maßnahmen. Durch diesen neuen Ansatz werden die politischen Entscheidungsträger dazu angehalten, die Strategien zur Förderung einzelstaatlicher und internationaler Sicherheit im Hinblick auf die mögliche Zahl der Opfer zu prüfen und beispielsweise die Frage zu stellen, ob die Sicherheitsvorteile von Antipersonenminen mehr wiegen als die Kosten in Form von Verletzten und Todesopfern.



Die verstorbene Prinzessin Diana im Januar 1997 während des Besuchs einer orthopädischen Werkstatt außerhalb Luandas (Angola). Ihr Besuch sollte das Bewusstsein für die furchtbaren Verletzungen fördern, die Zivilisten durch Landminen erleiden.

(Foto: AP)

Eine kosovo-albanische Familie am 22. Februar 1999 auf der Flucht vor den schweren Kämpfen zwischen der UCK und jugoslawischen Streitkräften im Norden des Kosovo. „Der humanitäre Imperativ hat die NATO zum Eingreifen veranlasst.“

(Foto: Reuters)

Der Stabschef der bosnischen Serben, Generaloberst Novica Simic (links), begrüßt am 15. November 1999 in Gegenwart des kanadischen Botschafters in Bosnien und Herzegowina, Sam Hanson (Mitte), den amerikanischen SFOR-Kommandeur der NATO, General Ronald Adams (rechts), während einer Zeremonie anlässlich der Vernichtung von Landminen auf einem Berg nördlich von Sarajewo. Im Rahmen eines Vernichtungsprogramms auf der Grundlage des Übereinkommens von Ottawa (1997) sind etwa 360 000 Landminen zerstört worden.

(Foto: AP)



(Foto: AP)

Durch das wachsende Bewusstsein für den Aspekt der persönlichen Sicherheit ist es um so dringender geboten, die Koordinierung auf der operativen Ebene sowohl intern als auch gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren zu stärken, um so alle Elemente komplexer Operationen zur Herbeiführung, Konsolidierung und Wahrung des Friedens zu einem in sich schlüssigen, effizienten Ganzen zu vereinen.

## Internationale Maßnahmen

Der neue Sicherheitsansatz hat bereits zu einigen wichtigen Erfolgen geführt. Im März 1999 trat das „Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung“ in Kraft. Das Übereinkommen von Ottawa ist inzwischen von 135 Staaten unterzeichnet und von 87 Staaten ratifiziert worden. Als es im Dezember 1997 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, verpflichteten sich die damaligen Unterzeichnerstaaten zur Bereitstellung einer halben Milliarde Dollar für Minenräumaktionen. Die kanadische Regierung veranschlagte 100 Millionen Dollar für diesen Zweck, und wir haben dieses Geld für die Arbeit in einigen der am schlimmsten betroffenen Staaten verwendet – Ecuador, Guatemala, Kambodscha, Mosambik, Nicaragua und Peru sowie Bosnien und Herzegowina und Kosovo. Es zählt zu den Prioritäten der kanadischen Minenpolitik, in künftigen Konflikten den Einsatz von Minen zu verhindern, und wir stimmen unsere Arbeit nun mit unseren Partnern in der NATO ab, um dieses Ziel zu erreichen, indem wir Staaten bei der Vernichtung ihrer Minenlager unterstützen.

Die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten koordinieren ihre Maßnahmen zur Räumung bereits gelegter Minen im Rahmen der Initiative „Global Humanitarian De-mining“, die vom Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) in die Wege geleitet wurde. Zudem unterstützen NATO-Expertengruppen derzeit die albanischen Streitkräfte, indem sie Spezialisten für die Räumung von Blindgängern ausbilden und Albanien in Fragen der stabilen, sicheren und unfallgeschützten Lagerung von Munition beraten.

Die Vereinbarung über die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs war ein weiterer wichtiger Schritt der internationalen Staatengemeinschaft. Der Gerichtshof wird dazu beitragen, manche der schwerwiegendsten Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch Abschreckung zu verhindern. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), ein Vorläufer des jetzigen Internationalen Strafgerichtshofs, leistet einen bedeutenden Beitrag zur Wiederherstellung des Rechts sowohl in Bosnien als auch im Kosovo. Die zunehmende Zusammenarbeit zwischen der NATO und dem ICTY ist ein weiterer Beweis für die wachsende Einsicht in die Tatsache, dass die Sicherheit wirklich unteilbar ist.

## Bekämpfung von Konflikten an ihrer Wurzel

Natürlich konnten zahlreiche andere Gefahren für die persönliche Sicherheit noch nicht beseitigt werden.



Aus der Perspektive der persönlichen Sicherheit ist die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung eine Maßnahme zum Schutz vor instabilen Staaten und innenpolitischen Konflikten. Die multilaterale Zusammenarbeit ist daher nun zur Bewältigung grenzüberschreitender Gefahren für die persönliche Sicherheit um so wichtiger. So ist in den letzten zehn Jahren ein ganzes Spektrum neuer internationaler Übereinkünfte erarbeitet worden, mit denen man grenzüberschreitende Probleme der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels, des Terrorismus und der Umwelterstörung, die alle in zunehmendem Maße das Leben des Durchschnittsbürgers beeinträchtigen, bewältigen will. Neu ist jedoch – wie die Krisen im Kosovo und in Osttimor zeigen – die Entschlossenheit der Völkergemeinschaft, Zwangsmaßnahmen einschließlich Sanktionen und militärischer Gewalt zu treffen, um ernststen Gefahren für die persönliche Sicherheit entgegenzutreten.

Handfeuerwaffen und leichte Waffensysteme, die sich mit geringen Kosten und ohne große Schwierigkeiten transportieren, schmuggeln und verbergen lassen, sind für die Anführer paramilitärischer Truppen, Drogenhändler, internationale Terroristen und gewöhnliche Kriminelle zur Standardausrüstung geworden. Kanada bemüht sich durch drei ineinander greifende Strategien um die Eindämmung des Einsatzes und der Weitergabe von Handfeuerwaffen: Rüstungskontrolle, Verbrechensbekämpfung und Maßnahmen zur Konsolidierung des Friedens. Dieser integrierte Ansatz zielt auf Angebots- und Transitfragen ab und trägt auch dazu bei, die nach der Beendigung eines Konflikts überschüssigen Waffen zu beseitigen und die Nachfrage nach Waffen zu verringern. Die Probleme im Zusammenhang mit Handfeuerwaffen müssen als fester Bestandteil der Maßnahmen zur Konfliktverhütung und -bewältigung, der Wahrung des Friedens und des Wiederaufbaus nach einem Konflikt in Angriff genommen werden. Friedensoperationen sind nämlich in Regionen mit illegalem und unkontrolliertem Handfeuerwaffenhandel weitaus gefährlicher. Die NATO und der EAPR sind verpflichtet, diese konfliktverschärfenden Faktoren an ihrer Wurzel zu bekämpfen. Daher begrüße ich die im März 1999 im EAPR eingeleitete Initiative zur Verbesserung der Kontrolle von Handfeuerwaffen und zur entsprechenden Stärkung der operativen Aspekte der PfP-Programme.

1996 leitete Kanada seine Friedensinitiative in die Wege, mit der es Konflikte an ihrer Wurzel bekämpfen und neue Konflikte verhindern will, indem es die kanadische Hilfe für eine Gesellschaft, die einen Konflikt beendet hat, besser koordiniert. Beispielsweise sind in Guatemala Projekte mit dem Ziel durchgeführt worden, den zivilen Sektor bei der Umsetzung der Friedensvereinbarungen zu unterstützen; in Bosnien galt es, das Bewusstsein für das Friedensabkommen zu fördern; in Mosambik ging es um die Unterstützung eines Programms für den Eintausch von Waffen gegen landwirtschaftliche Geräte, und in Westafrika sollte die Initiative Malis bezüglich eines regionalen westafrikanischen Waffenmoratoriums gefördert werden.

## Die neue sicherheitspolitische Tagesordnung und die NATO

Dieses neue Sicherheitskonzept ist für die neue NATO von zentraler Bedeutung. Alle neuen Partnerschafts- und Kooperationsaktivitäten des Bündnisses beruhen auf der Überzeugung, dass die Werte, die das Bündnis seit 50 Jahren einen – Demokratie, persönliche Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – auch den Schlüssel zu dauerhaftem Frieden und langfristiger Sicherheit im euro-atlantischen Raum bieten.

Die Krisen im ehemaligen Jugoslawien waren für diese Werte eine Bewährungsprobe. Die führende Rolle des Bündnisses bei den Friedensoperationen und seine Bereitschaft zur Intervention im Kosovo zeigen, wie sehr es bei den neuen Aufgaben der NATO stets darum geht, die persönliche Sicherheit zu gewährleisten und stabile Verhältnisse zu schaffen. Als im Kosovo Tausende von Zivilisten gezwungen waren, vor der anschwellenden Welle der Unterdrückung und der Gewalt zu fliehen, griff die NATO ein und stellte die Grundversorgung und Unterbringung in rasch errichteten Flüchtlingslagern sicher, bis zivile Organisationen diese

Aufgaben übernehmen konnten. Darüber hinaus wurde auch die Rückkehr dieser Flüchtlinge in ihre Heimat durch NATO-Truppen abgesichert.

Heute beteiligen sich Truppen der NATO und ihrer Partnerstaaten aktiv am gesellschaftlichen Wiederaufbau Bosniens und des Kosovos. Ihre Aufgabe besteht ebenso im Brückenbau zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie in der Verhinderung von Gewalt. Sie legen überall Hand an – bei der medizinischen Versorgung und bei Notdiensten, beim Wiederaufbau von Schulen oder auch bei den schwierigen, aber wichtigen Minenräumarbeiten. Zudem unterstützt die NATO-Mission den ICTY bei den Ermittlungen und der Beweisaufnahme im Zusammenhang mit der Verfolgung von Kriegsverbrechen. Das Kosovo ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich mit militärischer Gewalt Ziele bezüglich der persönlichen Sicherheit unterstützen lassen.

## Vorsorge ist besser als Nachsorge

Wie das Sprichwort sagt, ist jedoch Vorsorge besser als Nachsorge. Es ist die Aufgabe der NATO, auf sich abzeichnende Gefahren so zu reagieren, dass ein Konflikt verhindert werden kann. Das erfolgreiche Programm der Partnerschaft für den Frieden zielt daher darauf ab, im gesamten euro-atlantischen Raum demokratische Strukturen und somit die persönliche Sicherheit zu stärken. Die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten kommen im EAPR regelmäßig zu Sitzungen zusammen, um ihre Erkenntnisse weiterzugeben und bei der Bewältigung neuer grenzüberschreitender Pro-



bleme zusammenzuarbeiten. Die jüngsten EAPR-Initiativen im Bereich des Minenräumens und der Verhinderung des illegalen Handels mit Handfeuerwaffen sind nur zwei Beispiele dafür, wie die Sachkenntnis der NATO zur Bewältigung von Gefahren für die persönliche Sicherheit beitragen kann.

Die NATO hat auf praktischer wie auf theoretischer Ebene bereits ein recht umfassendes Sicherheitsverständnis in ihre Antwort auf das neue internationale Umfeld integriert. Sicherheit ist für die neue NATO ein Kontinuum, das die Sicherheitsanliegen sowohl von Staaten als auch von Einzelpersonen umfasst. Nur durch ein breiteres und tieferes Verständnis der Bedeutung, welche die persönliche Sicherheit für den Frieden und die Stabilität hat, wird die NATO angesichts der vielfältigen Herausforderungen des neuen Jahrhunderts ihre Relevanz und Wirksamkeit wahren können. ■

*„Das Problem der Handfeuerwaffen muss als fester Bestandteil der Maßnahmen zur Konfliktverhütung und -bewältigung, der Wahrung des Friedens und des Wiederaufbaus nach einem Konflikt in Angriff genommen werden.“*

(Foto: Reuters)

# Die Neubestimmung der Bündnismission im Informationszeitalter

Joseph S. Nye, Jr.

Dekan der Kennedy School of Government, ehemaliger (1994-1995) Leiter der Abteilung Internationale Sicherheitsfragen im amerikanischen Verteidigungsministerium



*Die Kosovo-Krise hat gezeigt, dass der „CNN-Faktor“ – der freie Fluss von Informationen und kürzere Nachrichtenzyklen – eine gewaltige Auswirkung auf die öffentliche Meinung hat und manche Themen an die erste Stelle der Tagesordnung rücken lässt, denen sonst eine geringere Bedeutung beigemessen würde. Für die führenden Politiker demokratischer Staaten ist es nun schwieriger als je zuvor, ein kohärentes System der Prioritäten außenpolitischer Themen zu vertreten und die nationalen Interessen zu bestimmen. Joseph Nye untersucht, wie in der heutigen Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Anbruch des Informationszeitalters die Macht verteilt ist, und schlägt Kriterien vor, mit deren Hilfe man die Politik der NATO im neuen strategischen Umfeld des 21. Jahrhunderts gestalten könnte.*

## BREAKING NEWS

## CNN LIVE

Im Kosovo kommt auf dramatische Weise ein eher grundsätzliches Problem zum Ausdruck: Wie soll die NATO ihre Aufgabe im Informationszeitalter definieren? Während des Kalten Krieges war die Begrenzung der sowjetischen Machtbestrebungen sozusagen ein Leitstern für die Politik der NATO. Die offizielle Aufgabe der NATO ließ sich mit einfachen Worten klar definieren: Die NATO sollte eine Invasion des Warschauer Paktes in den Bündnisstaaten durch Abschreckung verhindern. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte sich dann die Frage, in welchen Grenzen der Auftrag der NATO zu definieren war. In der Kosovo-Krise wandte eine empörte NATO zum erstenmal ausdrücklich aus humanitären Gründen in einer Region außerhalb des NATO-Gebiets Gewalt an. Welche Kriterien kann die NATO nun im neuen strategischen Umfeld des 21. Jahrhunderts als Richtschnur für die Politik der Androhung oder Anwendung von Gewalt wählen?

## Die Welt im Informationszeitalter

Zunächst einmal müssen wir uns über die Verteilung der Macht im Informationszeitalter klar werden. Manche Beobachter sprechen vom Ende der bipolaren Welt und dem Beginn der Multipolarität, aber das ist keine sehr gute Beschreibung für eine Welt, in der ein einziges Land, die Vereinigten Staaten, so sehr viel mächtiger ist als alle anderen. Auf der anderen Seite wäre auch Unipolarität kein sehr treffender Ausdruck, weil den Vereinigten Staaten dadurch eine übertrieben große Fähigkeit zugeschrieben würde, die von ihnen gewünschten Ergebnisse tatsächlich zu erzielen.

Stattdessen lässt sich die Verteilung der Macht heute wie ein dreidimensionales Schachspiel darstellen. Die militärische obere Ebene ist unipolar mit den Vereinigten Staaten weit vor allen anderen Staaten, und die wirtschaftliche mittlere Ebene ist multipolar, da die Vereinigten Staaten, Europa und Japan zwei Drittel des Bruttosozialprodukts der Welt ausmachen, aber auf der unteren Ebene der transnationalen Beziehungen, deren grenzüberschreitende Wirkungen sich der Kontrolle von Regierungen entziehen, sind die Machtstrukturen diffus.

Diese Vielschichtigkeit erschwert die Verfolgung einer bestimmten Politik. Sie hat zur Folge, dass man gleichzeitig an verschiedenen Schachbrettern spielen muss. Zudem ist es, auch wenn es wichtig ist, die unveränderte Bedeutung militärischer Stärke in bestimmten Zusammenhängen nicht zu übersehen, ebenso wesentlich, sich nicht durch die militärische Unipolarität zu dem Schluss verleiten zu lassen, die Vereinigten Staaten wären auch in anderen Bereichen überlegen. Die Vereinigten Staaten haben eine Machtposition, aber keine Vormachtstellung.

Nicht vergessen werden sollte zudem die Unterscheidung zwischen „harter Macht“ – der bei Zwangsmaßnahmen nutzbaren wirtschaftlichen und militärischen Stärke eines Staates – und „weicher Macht“ – der kulturellen und ideologischen Anziehungskraft eines Staates<sup>(1)</sup>. Die demokratischen und humanitären Werte des Westens, zu deren Verteidigung die NATO 1949 gegründet wurde, sind bedeutende Quellen „weicher Macht“. Sowohl die „harte“ als auch die „weiche“ Macht sind wichtig, aber im jetzigen Informationszeitalter kommt der „weichen Macht“ mehr Bedeutung zu.

Ungeheuer große, aber mit geringen Kosten verbundene Informationsströme haben die Zahl grenzüberschreitender Kontaktkanäle deutlich erhöht. Globale Märkte und nichtstaatliche Akteure spielen nun eine größere Rolle. Unsere Staaten lassen sich jetzt leichter durchdringen und gleichen weniger dem klassischen Modell harter Billardbälle, die aneinander abprallen. Infolgedessen ist es für die politische Führung unserer Staaten schwieriger, ein in sich schlüssiges System außenpolitischer Prioritäten zu vertreten und ein einheitliches nationales Interesse zu formulieren.

Verschiedene Aspekte des Informationszeitalters haben in Bezug auf die kollektiven Interessen der NATO-Mitgliedstaaten unterschiedliche Auswirkungen. Einerseits kann man auf der Plusseite verbuchen, dass die revolutionären Veränderungen des Informationszeitalters langfristig für die Demokratien von Vorteil sein werden. Demokratische Staaten können glaubwürdige Informationen verbreiten, weil sie nicht durch sie bedroht werden. Autoritäre Staaten werden mehr Schwierigkeiten haben. Regierungen können den Zugang ihrer Bürger zum Internet und zu globalen Märkten begrenzen,

(1)

Joseph S. Nye, Jr., „Bound to Lead: The Changing Nature of American Power“ (New York Basic Books, 1990, Kapitel 2).

aber dafür werden sie einen hohen Preis zahlen müssen. Singapur und China kämpfen z.B. gerade mit den damit verbundenen Problemen.

## Der „CNN-Faktor“

Andererseits haben jedoch manche andere Aspekte des Informationszeitalters weniger positive Auswirkungen. Der freie Fluss von Rundfunkinformationen hat sich in einer offenen Gesellschaft schon immer auf die öffentliche Meinung und die Festlegung einer außenpolitischen Linie ausgewirkt, aber jetzt haben die Informationsströme an Umfang zugenommen, und die Verkürzung der Nachrichtenzyklen verringert auch die Zeit für Beratungen. Durch Rundfunksendungen, die sich auf bestimmte Konflikte und Menschenrechtsprobleme konzentrieren, sehen sich die Politiker gezwungen, zu einigen außenpolitischen Problemen Stellung zu nehmen und andere außer Acht zu lassen. Durch den sogenannten „CNN-Faktor“ wird es schwieriger, manche Fragen, denen eigentlich weniger Bedeutung zukommen sollte, von der Spitze der öffentlichen Tagesordnung zu verdrängen. Aufgrund der durch das Internet gegebenen zusätzlichen Interaktionsmöglichkeiten verschiedener Gruppen von Aktivisten ist es nun für führende Politiker demokratischer Staaten schwerer als je zuvor, konsequent an ihren Prioritäten festzuhalten.

## Globale Kirchturmpolitik

Ein weiteres Problem besteht in den Auswirkungen grenzüberschreitender Informationsströme auf die Stabilität einzelner Staatswesen. Der kanadische Medienguru Marshall McLuhan prophezeite einmal, die Kommunikationstechno-

logien würden die Erde zu einem Weltorf machen. Statt eines einzigen kosmopolitischen Dorfes produzieren sie jedoch vielleicht ein buntes Durcheinander von globalen Dörfern mit all den auf einer engstirnigen Kirchturmpolitik beruhenden Hassgefühlen, die mit dem Begriff „Dorf“ verbunden werden, aber sie erhöhen auch das Bewusstsein für globale Ungleichgewichte. Globale wirtschaftliche Kräfte zerstören traditionelle Lebensformen und führen dazu, dass die wirtschaftliche Integration erhöht und zugleich der gesellschaftliche Zerfall beschleunigt wird.

Dies gilt insbesondere für die eher schwachen Staaten, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Zerfall der alten europäischen Kolonialreiche in Afrika entstanden sind. Geschäftstüchtige Politiker nutzen preiswerte Informationskanäle, um Unzufriedenheit zu schüren, und schaffen so Stammesgemeinschaften innerhalb eines Staates, repressive nationalistische Gruppierungen oder grenzüberschreitende ethnische und religiöse Gemeinschaften. Dies wiederum führt zu verstärkten Selbstbestimmungsforderungen, zu mehr Gewalt und zu häufigeren Verletzungen der Menschenrechte – alles vor laufender Kamera und dazu im Internet abrufbar. Auf diese Weise kommt ein recht schwieriger Themenkatalog auf die außenpolitische Tagesordnung.

## Verschiedene Kategorien von Sicherheitsgefahren

William Perry und Ashton Carter haben kürzlich eine Liste von Gefahren für die Sicherheit der Vereinigten Staaten vorgelegt,<sup>(2)</sup> die man auch gut auf die strategischen Interessen der NATO anwenden kann:



*Führt die Kommunikationstechnologie zu einem einzigen kosmopolitischen Dorf oder zu einem chaotischen Durcheinander von Weltörfern?...*

(Foto: Reuters)

(2) Ashton B. Carter and William J. Perry, "Preventive Defense: A New Security Strategy for America" (Washington, D.C., Brookings Institution Press, 1999), S. 11-15.

- ◆ die „**A-Liste**“ von Gefahren, die das Ausmaß haben, in dem die Sowjetunion die Existenz des Westens gefährdete;
- ◆ die „**B-Liste**“ unmittelbarer Gefahren für westliche Interessen (jedoch keine Existenzgefährdung), wie sie im Golfkrieg zu beobachten waren;
- ◆ die „**C-Liste**“ bedeutender Krisensituationen, welche die Sicherheit des Westens indirekt bedrohen, aber keine direkte Gefährdung westlicher Interessen darstellen, wie z.B. die Krisen im Kosovo, in Bosnien, in Somalia und in Ruanda.

Es ist interessant festzuhalten, dass die „C-Liste“ für die außenpolitische Tagesordnung der Vereinigten Staaten bestimmend ist und eine Krise der „C-Liste“ das erste militärische Eingreifen der NATO in ihrer 50jährigen Geschichte aus-

einem Schlüsselement (wie Somalia, Bosnien und Kosovo) in den Vordergrund drängen, weil sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen können. Eine Menschenrechtspolitik ist aber keine strategische Politik; sie ist ein wichtiger Teil der Außenpolitik eines Staates. Während des Kalten Krieges führte dies häufig dazu, dass der Westen Menschenrechtsverletzungen von Regimen duldete, die als Gegengewicht gegen die Sowjetunion von entscheidender Bedeutung waren, z.B. in Südkorea vor dem Übergang zur Demokratie.

Dass Menschenrechtsfragen mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, lenkt jedoch häufig von strategischen Fragen der „A-Liste“ ab. Da moralische Argumente häufig als Trumpfkarten ausgespielt werden und Bilder stärker sind als Worte, erweisen sich Debatten über Kompromisslösungen zudem häufig als emotional belastet und schwierig.

Das Problem besteht in solchen Fällen darin, dass sich das dem Eingreifen zugrunde liegende humanitäre Interesse häufig als recht oberflächlich und wenig tiefgehend erweist. Der instinktive Wunsch der Amerikaner, hungernden Somaliern (deren Lebensmittelversorgung von verschiedenen Führern paramilitärischer Truppen unterbrochen wurde) zu helfen, löste sich beispielsweise in Luft auf, als man sah, wie tote amerikanische Soldaten durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurden. Dies wird manchmal darauf zurückgeführt, dass die amerikanische Öffentlichkeit Verluste an Menschenleben nicht hinnehmen will. Diese Erklärung ist jedoch zu einfach. Die Amerikaner zogen schließlich in den Golfkrieg, obwohl sie von Verlusten in Höhe von etwa zehntausend Mann ausgingen, aber damals stand auch mehr auf dem Spiel als rein humanitäre Fragen.

Richtiger wäre also die Formulierung, dass die Amerikaner Verluste nur dann ungern in Kauf nehmen, wenn ihre Interessen einzig und allein humanitärer Art sind.

Paradoxerweise könnte die Reaktion auf Fälle wie in Somalia nicht nur von Interessen der „A-Liste“ ablenken und die Bereitschaft zur Unterstützung solcher Interessen einschränken, sondern auch ein Hindernis für Maßnahmen bei ernsteren humanitären Krisen darstellen. So bestand eine unmittelbare Folge des Desasters in Somalia darin, dass die Vereinigten Staaten wie auch andere Staaten die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Ruanda, die 1994 tatsächlich einen Völkermord hätte verhindern können, nicht unterstützten und auch nicht verstärkten.

löste. Carter und Perry vermuten, dies lasse sich durch das Fehlen von Gefahren der „A-Liste“ seit dem Ende des Kalten Krieges erklären. Ein weiterer Grund dafür besteht jedoch darin, dass Fragen der „C-Liste“ im Informationszeitalter die Medien beherrschen. Dramatische Bilder von Konflikten und direkter menschlicher Not lassen sich der Öffentlichkeit viel leichter vermitteln als abstrakte Vorstellungen der „A-Liste“, wie beispielsweise die Möglichkeit einer russischen Weimarer Republik oder eines Zusammenbruchs des internationalen Handels- und Investitionssystems. Würden sich die Dinge bei diesen umfassenderen strategischen Fragen in die falsche Richtung entwickeln, wären sie jedoch für das Leben der meisten Bürger der NATO-Staaten mit weitaus gravierenderen Folgen verbunden.

## Die „C-Liste“

Die Wirklichkeit des Informationszeitalters sieht so aus, dass sich Themen der „C-Liste“ mit Menschenrechtsfragen als

## Lehren für das Bündnis

In solchen Fällen gibt es keine Patentlösungen. Selbst wenn wir es wollten, könnten wir nicht kurzerhand das

Ein amerikanischer Soldat im Juni 1993 als Wachtposten in Mogadischu, Somalia.  
(Foto: Reuters)





Fernsehen ausschalten oder den Computerstecker herausziehen. Die „C-Liste“ kann man einfach nicht ignorieren, aber es lassen sich einige Lehren ziehen, die bei vernünftiger Anwendung dazu beitragen könnten, diese Themen in die umfassendere Strategie zur Förderung der nationalen Interessen zu integrieren.

Erstens sind zahlreiche Kategorien humanitärer Anliegen und zahlreiche Stufen von Interventionen wie Verurteilung, Sanktionen gegen Einzelpersonen, umfassende Sanktionen und verschiedene Formen der Gewaltanwendung voneinander zu unterscheiden. Die NATO sollte Gewalt nur in den eklatanteren Fällen einsetzen.

Zweitens sollten in Fällen, in denen das Bündnis doch Gewalt anwendet, einige Prinzipien des „gerechten Krieges“ berücksichtigt werden: Es sollte sich auch in den Augen anderer um eine gerechte Sache handeln; wir sollten bei der Wahl unserer Mittel größte Vorsicht walten lassen, um eine übermäßige Bestrafung Unschuldiger zu vermeiden; es muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gelten; und ein positives Ergebnis sollte sehr wahrscheinlich sein (kein bloßes Wunschdenken).

Drittens sollten NATO-Staaten ganz allgemein die Anwendung von Gewalt vermeiden, wenn es sich nicht um Fälle handelt, in denen unsere humanitären Interessen durch zusätzliche wichtige strategische Interessen verstärkt werden. Dies war im Golfkrieg gegeben, als es dem Westen nicht nur um die Aggression gegen Kuwait, sondern auch um die Sicherung der Energieversorgung und um den Schutz regionaler Bündnispartner ging.

Viertens kann die Reaktion der Öffentlichkeit auf humanitäre Krisen von Demokratie zu Demokratie unterschiedlich ausfallen. Daher sollte die NATO das Konzept der alliierten

Streitkräftekommandos, die vom Bündnis trennbar, aber nicht getrennt sind, begrüßen und die Bereitschaft und Fähigkeit der Europäer zur Übernahme einer Führungsrolle in Bezug auf diese Fragen fördern.

Fünftens sollten wir echte Fälle von Völkermord eindeutiger definieren und ihnen mit einer klareren Haltung entgegenzutreten. Der Westen hat ein reales humanitäres Interesse daran, jeden neuen Holocaust zu verhindern. Genau dies haben wir jedoch 1994 in Ruanda nicht getan. Wir müssen mehr tun, um bei tatsächlichen Fällen von Völkermord präventive Maßnahmen und Gegenmaßnahmen besser organisieren zu können. Leider ist das Völkermordübereinkommen so unpräzise formuliert und wird auch der Begriff „Völkermord“ so sehr für politische Zwecke missbraucht, dass er Gefahr läuft, trivialisiert zu werden. Eine streng historische Auslegung auf der Grundlage der Präzedenzfälle des Holocaust und der 1994 in Ruanda beobachteten Vorgänge kann jedoch zur Vermeidung solcher Fehler beitragen.

Schließlich sollten die NATO-Staaten in Bezug auf Interventionen bei Bürgerkriegen um Selbstbestimmungsrechte größte Zurückhaltung üben. Die Sache ist gefährlich zweiseitig, Greuelthaten werden häufig von beiden Seiten begangen („gegenseitiger Völkermord“), und ein Eingreifen kann katastrophale Folgen haben.

Diese Kriterien bieten keine Antwort auf die Frage, wie die Mission der NATO im Informationszeitalter bestimmt werden sollte. Bessere Ergebnisse lassen sich jedoch erzielen, wenn man als Ausgangspunkt die Überlegung wählt, dass die Werte des Bündnisses im Zusammenhang mit seiner Stärke gesehen werden sollten und jeder humanitäre Auftrag rational sowie innerhalb vernünftiger Grenzen zu verfolgen ist. ■

Die offizielle Gedenkstätte für die Opfer des Völkermords in Ntarama, einem Dorf in Ruanda, in dem im April 1994 5 000 Menschen ermordet wurden.

(Foto: Reuters)



## Neuer Ständiger Vertreter Deutschlands

*Botschafter Gebhardt von Moltke (61) ist als Nachfolger von Botschafter Joachim Bitterlich zum neuen Ständigen Vertreter Deutschlands im Nordatlantiktatrat ernannt worden.*

*Nachdem Gebhardt von Moltke von 1958 bis 1963 an den Universitäten Heidelberg, Grenoble, Berlin und Freiburg i.B. Wirtschaft und Jura studiert hatte, schloss er seine Ausbildung mit den juristischen Staatsexamen ab.*

*1968 trat er in Bonn in das Auswärtige Amt ein und arbeitete in den 70er Jahren an der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau und in Jaunde (Kamerun). 1977 kehrte er ins Auswärtige Amt nach Bonn zurück, wo er in der Personalabteilung tätig war, bis er 1982 als Botschaftsrat (Politische Angelegenheiten) an die Botschaft in Washington entsandt wurde.*

*Nachdem er 1986 nach Bonn zurückgekehrt war, übernahm er im Auswärtigen Amt die Leitung des USA-Referates; dieses Amt hatte er inne, bis er als Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Politische Angelegenheiten nach Brüssel ging (1991-97). Bevor er im Oktober 1999 sein jetziges Amt antrat, war er Botschafter in London.*



Die NATO  
im Blickpunkt



# Die Förderung der Stabilität Südosteuropas aus slowenischer Sicht

Dr. Boris Frlec  
Außenminister Sloweniens

*Slowenien ist sehr daran interessiert, Stabilität und Wohlstand in seinen südöstlichen Nachbarstaaten zu fördern, und es beteiligt sich – gestützt auf seine ausgezeichnete Kenntnis der Verhältnisse im ehemaligen Jugoslawien – aktiv an der Arbeit des Stabilitätspakts für Südosteuropa, der im Juni 1999 von der Europäischen Union in die Wege geleitet wurde. Der slowenische Außenminister Dr. Boris Frlec beschreibt im folgenden Artikel, auf welche Weise Slowenien zu einem Vorhaben beiträgt, das seiner Meinung nach einen erheblichen Anteil daran hat, dass sein Land seine strategischen Ziele erreichen kann.*

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit (1991) ist Slowenien mit den negativen Auswirkungen der ethnischen Spannungen, politischen Unruhen und wirtschaftlichen Probleme konfrontiert, die nun für die Balkanstaaten in seinem Südosten kennzeichnend sind und ihre Stabilität zu untergraben drohen. Wir haben schon seit langem unserer Besorgnis über die eskalierenden Spannungen in der Region Ausdruck verliehen und schon frühzeitig vor der Gefahr sowohl eines lang anhaltenden bewaffneten Konflikts in Bosnien und Herzegowina als auch vor einer fortschreitenden Verschärfung des ethnischen Konflikts zwischen Serben und Albanern im Kosovo gewarnt.

Als mitteleuropäisches Land verfolgt Slowenien seine nationalen Sicherheitsinteressen wie auch seine politischen und wirtschaftlichen Interessen bereits im umfassenderen Rahmen der bestehenden europäischen und euro-atlantischen Strukturen. Wir sind uns jedoch darüber im Klaren, dass unsere Sicherheit und unsere wirtschaftliche Entwicklung langfristig in hohem Maße davon abhängig sind, dass in den südöstlich von uns gelegenen Staaten Stabilität und Wohlstand gefördert werden.

## Der Stabilitätspakt

Wir begrüßen daher den Stabilitätspakt für Südosteuropa, der am 10. Juni 1999 auf der EU-Ministertagung in Köln vereinbart wurde, sowie die diesbezügliche Erklärung, die am 30. Juli 1999 von den Staats- und Regierungschefs von mehr als 26 europäischen und außereuropäischen Staaten auf einer Tagung in Sarajewo angenommen wurde. Dies ist einer der bedeutendsten Erfolge, den die internationale Staatengemeinschaft in den letzten Jahren errungen hat. Slowenien beteiligt sich als gleichberechtigter Partnerstaat aktiv an dieser umfassenden internationalen Strategie zur Unterstützung der Region bei der Bewältigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Probleme.

Durch den Stabilitätspakt brachte die Völkergemeinschaft ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, aufeinander abgestimmte, gezielte Maßnahmen zu treffen, um die für Südosteuropa charakteristische Instabilität an ihrer Wurzel zu bekämpfen. Die nötigen strategischen Orientierungshilfen werden in einer gemeinsamen politischen Plattform der be-

*Bodo Hombach, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa (links), im Gespräch mit dem slowenischen Präsidenten Milan Kučan (rechts) vor dem Beginn der von den sozialdemokratischen Parteien Europas am 22. Juli 1999 in Wien organisierten Balkankonferenz, auf der Vorschläge zum Stabilitätspakt erörtert wurden.*

(Foto: Belga)



teiligten Staaten und internationalen Organisationen gegeben, die mit Hilfe von Round-table-Konferenzen über die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, humanitären und sozialen Probleme der Region erarbeitet wird.

Für die Lösung politischer, wirtschaftlicher und sicherheitsrelevanter Fragen sind jeweils unterschiedliche Methoden und Institutionen erforderlich, aber diese Themenbereiche greifen trotzdem ineinander und sind untrennbar miteinander verknüpft. Der Stabilitätspakt nimmt diese Interdependenz zum Ausgangspunkt der Arbeit. Sein umfassender, integrierter Ansatz lässt hoffen, dass die Lebensbedingungen der Menschen in diesem Teil Europas endlich verbessert werden können. Der Pakt enthält zudem einen vielversprechenden Lösungsansatz für die komplexen ethnischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen, die dort seit dem Ende des Kalten Krieges herrschen.

Das Ziel des Stabilitätspakts besteht darin, die Staaten Südosteuropas bei ihren Bemühungen um die Förderung des Allgemeinwohls und des Friedens zu unterstützen; der Pakt betont, dass dies nur möglich sein wird, wenn neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte gefördert werden. Ein starker ziviler Sektor muss aufgebaut werden, und Probleme im Zusammenhang mit nationalen Minderheiten müssen gelöst werden. Diese Strategie steht in vollem Einklang mit den Ansichten und Wertvorstellungen Sloweniens.

## Die aktive Beteiligung Sloweniens

Da Slowenien durch eine gemeinsame Geschichte mit den Staaten Südosteuropas verbunden ist und zahlreiche Erfahrungen sowohl positiver als auch negativer Art im Umgang mit diesen Staaten gesammelt hat, kommt ihm bei diesem Gemeinschaftsunternehmen eine einzigartige, in gewisser Weise sogar privilegierte Rolle zu. Unsere Kenntnis der Mentalität und der Sprache der verschiedenen Völker und unsere traditionellen wirtschaftlichen Kontakte bieten uns bedeutende Möglichkeiten, im Hinblick auf den Stabilisierungsprozess eine konstruktive Rolle zu spielen.

Während der verschiedenen Round-table-Konferenzen im Rahmen des Stabilitätspakts hat Slowenien neben Projekten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Entwicklung der Region bereits mehrere Maßnahmenpakete zur Förderung der Demokratie und zur Schaffung der Voraussetzungen für die friedliche Koexistenz von Völkern mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund vorgeschlagen.

Im Rahmen der Gespräche am „Arbeitstisch für Demokratisierung und Menschenrechte“ haben wir u.a. empfohlen, ein Zentrum für die Überwachung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen Südosteuropas zu errichten. Ein Vorschlag zum Aufbau von Institutionen und effizienten Verwaltungsstrukturen ist gemeinsam von mehreren Ministerien erarbeitet worden. Zudem haben wir die Gründung eines internationalen Zentrums für Südosteuropastudien und einer internationalen Universität für Südosteuropa vorgeschlagen. Die staatliche slowenische Radio- und Fernsehgesellschaft hat darüber hinaus angeboten, den Demokratisierungsprozess der Medien im Kosovo und in Südosteuropa zu unterstützen.



*Am 5. November 1997 hissen norwegische SFOR-Soldaten in einem Lager bei Sarajewo anlässlich der SFOR-Zuordnung von 35 Angehörigen der slowenischen Luftwaffe, die Aufgaben in Bosnien übernehmen sollen, die slowenische Nationalflagge.*

(Foto: Belgio)

In diesem Bereich sind bereits mehrere Projekte in die Wege geleitet worden. Slowenien hat sich bereit erklärt, für eine Reihe internationaler Konferenzen als Gastgeber zu fungieren. Die erste Konferenz zielte darauf ab, geeignete verfassungsmäßige Möglichkeiten zur Förderung der Demokratie und für den wirksamen Schutz der Menschenrechte zu ermitteln; sie wurde Ende November 1999 gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats organisiert. Die zweite Konferenz, die Anfang Dezember 1999 stattfand, wurde im Rahmen der Royaumont-Initiative zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen europäischen Städten und Gemeinden veranstaltet. Eine dritte Konferenz soll im Februar 2000 in Zusammenarbeit mit dem Europarat zur Frage der nationalen Minderheiten organisiert werden.

Am „Arbeitstisch“ des Paktes für wirtschaftlichen Wiederaufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit hat Slowenien vorgeschlagen, im Brdo-Ausbildungszentrum Manager aus Südosteuropa zu schulen. Am „Arbeitstisch“ für Sicherheitsfragen unterstützt Slowenien zudem die Bemühungen, das Arbeitsgebiet des internationalen Treuhandfonds für Minenräumaktionen und die Unterstützung von Minenopfern in Bosnien und Herzegowina (ITF) auf Kroatien und das Kosovo auszudehnen.

Darüber hinaus beteiligt sich Slowenien zur Zeit aktiv an einigen anderen internationalen Bemühungen um die Förde-

rung der Sicherheit und Stabilität Südosteuropas, darunter die SFOR-Mission und die Multinationale Sondereinheit (MSU) in Bosnien, die KFOR-Mission und die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), das von der WEU geführte Multinationale Beratende Polizeikontingent (MAPE) in Albanien, die Kooperationsinitiative Südosteuropa (SECI) und den Royaumont-Prozess. Mehr als 100 Angehörige der slowenischen Streitkräfte nehmen derzeit an den genannten Aktivitäten teil, und zivile Experten sind ebenfalls im Kosovo und in Albanien vertreten.

## Ausweitung des NATO-Schutzschildes

Neben den im Rahmen des Stabilitätspakts organisierten Projekten kommt es entscheidend darauf an, dass alle Staaten Südosteuropas aufgefordert werden, sich aktiv am

*Der slowenische Ministerpräsident Janez Drnovsek (links) am 1. Juni 1999 während eines Treffens mit dem damaligen NATO-Generalsekretär Javier Solana in der NATO-Zentrale. Slowenien war der erste Partnerstaat, der seinen Luftraum zu Beginn der Operation „Allied Force“ für NATO-Flugzeuge öffnete.*  
(Foto: Belga)



NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden zu beteiligen; hier sind eindeutige Bedingungen für den Beitritt zur Partnerschaft festzulegen. Sicherheit, Stabilität und Vertrauen werden sich in dieser Region nur dadurch erreichen lassen, dass im Rahmen dieses Programms zur Förderung der kooperativen Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raumes gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit gefördert werden.

Was uns betrifft, so führte die Teilnahme an der PFP dazu, dass wir es als unser Ziel betrachten, das Sicherheitsdispositiv und die militärischen Strukturen Sloweniens dem neuen Umfeld anzupassen und eine angemessene demokratische Kontrolle der Streitkräfte aufzubauen. Unsere Aufnahme in die Partnerschaft ist der beste Beweis dafür, dass sich Slowenien in die richtige Richtung entwickelt und gute Aussichten hat, den euro-atlantischen Strukturen beitreten zu können – ein Ziel, das uns mit vielen südöstlich von uns gelegenen Staaten verbindet.

Slowenien genießt nun sowohl innere als auch äußere Stabilität und versucht, diese Stabilität durch regionale Initiativen auf die Region insgesamt auszudehnen. Unserer

Meinung nach ist die Zusammenarbeit zwischen den Regionen für die langfristige Stabilität Südosteuropas von zentraler Bedeutung. Die Einbeziehung Sloweniens in die nächste Erweiterungsrunde wäre ein wichtiges Signal für die Staaten der Region. Dies böte ihnen nicht nur die Aussicht auf ihre eigene künftige Integration, sondern die Erweiterung der NATO würde auch dazu beitragen, Sicherheit und Stabilität jenseits des Bündnisgebiets in den unmittelbaren Nachbarstaaten der NATO zu fördern.

Aus unserer Sicht bestärkt die derzeitige Instabilität Südosteuropas natürlich – obwohl sie uns nicht direkt bedroht – die Argumente zugunsten der slowenischen Bemühungen um die Wahrung und Konsolidierung der nationalen Sicherheit im Rahmen des kollektiven Verteidigungssystems der NATO. Schon jetzt hat sich Slowenien als ein zuverlässiger Bündnispartner der NATO in dieser Region erwiesen, da

es die bewaffnete Intervention der NATO im Kosovo zur Verteidigung der für die NATO grundlegenden und von Slowenien anerkannten Werte unterstützte. Zu Beginn der Operation „Allied Force“ haben wir der NATO als erster Partnerstaat innerhalb von 24 Stunden den Zugang zu unserem Luftraum gewährt. Zudem beteiligten wir uns während der intensiven Bemühungen um eine politische Lösung der Kosovo-Krise auch sehr engagiert an den politischen Gesprächen.

Ich bin überzeugt, dass sich die Erfahrungen Sloweniens und seine Kenntnis der Region für die NATO auch durch

unsere aktive Teilnahme an der Arbeit der einschlägigen EAPR-Foren, nämlich des „Konsultationsforums für Sicherheitsfragen in Südosteuropa“ und der „Ad-hoc-Arbeitsgruppe Südosteuropa“, als wertvoll erweisen werden.

## Die Verwirklichung der strategischen Ziele Sloweniens

Die Krisen in Bosnien und im Kosovo und die Reaktionen der Völkergemeinschaft lassen zwei der wesentlichen Kennzeichen der geopolitischen Revolution der Zeit nach dem Kalten Krieg erkennen: das Hervortreten von Konflikten zwischen verschiedenen Volksgruppen als eine der neuen Gefahren für die internationale Sicherheit und die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung dieser neuen Sicherheitsprobleme. Durch den in seinem umfassenden Charakter einzigartigen Ansatz des Stabilitätspakts für Südosteuropa werden die Ressourcen eines breiten Spektrums von Akteuren der internationalen Bühne mobilisiert. Die gewonnenen Erfahrungen tragen vielleicht dazu bei, die besten Vorgehensweisen für eine



*(v.l.n.r.) Die Außenminister Toomas Hendrik Ilves (Estland), Ioannis Kasoulides (Zypern), Jan Kavan (Tschechische Republik), János Martonyi (Ungarn), Bronislaw Geremek (Polen) und Boris Frlec (Slowenien) am 11. Oktober 1999 bei einem Treffen in Tallinn, Estland, wo sie Fragen im Zusammenhang mit ihren Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft sowie Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit zwischen ihren sechs Staaten erörterten.*  
(Foto: Belga)

rasche und wirksame Reaktion auf ähnliche Krisen auch in anderen Teilen der Welt zu ermitteln.

Der Pakt hat ferner die Bedeutung der EU und der NATO für die Stabilität Europas bestätigt und hervorgehoben, wie wichtig die enge Zusammenarbeit zwischen ihnen ist. Slowenien ist sich bewusst, dass die Vollmitgliedschaft in beiden Organisationen seine langfristige Sicherheit garantieren würde. Wir beteiligen uns an den Aktivitäten beider Organisationen und sind bereit, uns den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Herausforderungen zu stellen.

Die aktive Beteiligung Sloweniens an der Arbeit des Stabilitätspakts trägt erheblich zur Verwirklichung seiner strategischen Ziele bei. Sie führt uns näher an europäische und euro-atlantische Strukturen heran und bietet unserem Land die Chance, seine internationale Position zu stärken. Noch wichtiger ist jedoch der Umstand, dass der Stabilitätspakt die Aussichten für die langfristige Sicherheit Sloweniens verbessert, indem er Anlass zu der Hoffnung gibt, dass wir den Ländern Südosteuropas – einer Region, die schon allzu lange das Pulverfass Europas gewesen ist – dauerhaften Frieden, Demokratie und Wohlstand bringen können. ■



# Der Stabilitätspakt: Erschließung neuer Möglichkeiten auf dem Balkan

Bodo Hombach

Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa

*Der im Sommer 1999 initiierte Stabilitätspakt steckt den politischen und praktischen Rahmen für die Förderung des Friedens und der Stabilität Südosteuropas ab. Gestützt auf einen breiten Mitgliederkreis, der die Europäische Union, die Gruppe der sieben großen Industriestaaten plus Russland (G 8), die Staaten der Region und internationale Organisationen wie die NATO einschließt, eröffnet der Pakt mit seinem umfassenden Ansatz der präventiven Diplomatie neue Möglichkeiten für die Politik gegenüber den Balkanstaaten.*

Im Jahre 1999 konnte einem gefährlichen Trend Einhalt geboten werden. Allzu oft entwickelten sich die Konflikte Südosteuropas zu europäischen Konflikten oder gar zu Kriegen. Und ebenso gilt, dass Europa allzu oft Stellvertreterkriege auf dem Balkan geführt hat. Dieses Mal bekam man die Konflikte der Region jedoch in den Griff. Im Fall der Kosovo-Krise wurde ein gefährlicher Konflikt mit vereinten Kräften erfolgreich begrenzt und von anderen Krisenherden isoliert. Am Vorabend des neuen Jahrtausends war dies ein großer politischer Erfolg.

Dieser Erfolg verlangt nun unser aller Engagement, und der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist der politische Rahmen zur Aufrechterhaltung unseres Engagements. Man arbeitet nun an einer Politik realistischer Einzelstapen, bei der es auch um die Integration in Europa und in die euro-atlantischen Strukturen einschließlich der NATO geht. Ein Ziel besteht in der Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten Südosteuropas. Die Staaten der Region müssen die Chance haben, diesem Ziel mit jedem Tag ein wenig näher zu kommen.

Frieden und Stabilität erfordern eine Erholung der Wirtschaft, genauso wie ein Konjunkturaufschwung Frieden und Stabilität erfordert. Hier hat der Stabilitätspakt seinen Platz, denn seine Kennzeichen sind die Integrationsperspektive und die drei gleichwertigen „Arbeitstische“ für die Bereiche Demokratisierung und Förderung des zivilen Sektors, wirtschaftliche Entwicklung sowie Fragen der inneren und äußeren Sicherheit.

Ende Juli 1999 bezeichnete der finnische Präsident Martti Ahtisaari den Stabilitätspakt auf dem Paktgipfel in Sarajewo ganz richtig als einen Marathonlauf. Ich möchte hinzufügen, dass wir uns auf dem Weg zu unserem Endziel Etappenziele setzen werden, so dass wir unsere Leistung an dem messen können, was wir an verschiedenen Zwischenpunkten erreicht haben.



Wollen wir politisches Verantwortungsbewusstsein zeigen, so dürfen wir keine Hoffnungen wecken, die nicht erfüllt werden können. Vielmehr muss der Stabilitätspakt konkrete Erfolge, die sich aus einem klaren Kurs ergeben, zur Aufrechterhaltung der Akzeptanz und der Motivation nutzen. Das Leben der Bevölkerung muss mit jedem Tag ein wenig besser werden.

## Das Problem Jugoslawien

Die Bundesrepublik Jugoslawien ist unverändert ein ernstes Problem und eine Herausforderung von zentraler Bedeutung. Die Bevölkerung Jugoslawiens sollte wissen, dass der Stabilitätspakt keine Mauer um sie herum errichtet. Ganz im Gegenteil: Sobald Jugoslawien seine politischen Probleme gelöst hat, kann und sollte

es ein mit allen Rechten ausgestatteter Teilnehmer des Stabilitätspakts werden. Bis dahin wird sich der Stabilitätspakt an die demokratischen Kräfte in Serbien und Montenegro richten.

Die Politik Präsident Slobodan Milošević hat sein Land in den politischen und wirtschaftlichen Ruin getrieben. Aggressiver Nationalismus, Despotismus und der Erhalt seiner persönlichen Macht haben in den letzten zehn Jahren in Südosteuropa zu Blutvergießen, Hass und Vertreibungen geführt. Europa hat diese Politik nicht hingenommen, und sie wird auch in Zukunft nicht geduldet werden.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der systematischen Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo hat der Westen gegen das Regime in Belgrad Stellung bezogen. Auf dem Spiel standen das europäische Wertesystem und der Frieden der Region, der auch durch die mögliche Destabilisierung der Nachbarstaaten aufgrund des Zustroms von Zehntausenden von Flüchtlingen gefährdet war.

Selten waren im Europa der Nachkriegszeit so schwierige Entscheidungen zu treffen. Während der Luftoperationen

Der Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Bodo Hombach, am 29. Juli 1999 während der Eröffnungssitzung des Gipfels zum Stabilitätspakt in Sarajewo.

(Foto: Reuters)

rangen alle politischen Entscheidungsträger der NATO-Staaten um die beste Lösung. Die eklatante Verletzung der Menschenrechte, ungebremster Terror, brutale Vertreibungen und die Gefahr eines Übergreifens des Krieges auf die ganze Region konnten nicht einfach hingenommen werden. Es ist aber unmöglich, die Unschuldigen völlig vor den Auswirkungen einer militärischen Aktion zu schützen.

## Mobilisierung von Initiativen und Ressourcen

Der Stabilitätspakt kann Initiativen und Ressourcen mobilisieren, bestimmte Prozesse beschleunigen und politische Dynamik schaffen. Er hat keine eigenen Ausführungsorgane. In dieser Hinsicht ist er von den Teilnehmern abhängig. Als Rahmen für die Koordinierung und als politischer Impulsgeber muss er die Teilnehmer auffordern, praktische Maßnahmen zu treffen und die laufenden Aktivitäten in die richtigen Bahnen zu lenken. Auf dem Gipfel zum Stabilitätspakt, zu dem in Sarajewo 40 Staats- und Regierungschefs sowie die Leiter internationaler Organisationen zusammenkamen, wurde der entschlossene Wille der Völkergemeinschaft deutlich, mit allen Staaten der Region zusammenzuarbeiten, um den Stabilitätspakt mit konkreten Maßnahmen in die Praxis umzusetzen.

Wir wollen nicht das Rad neu erfinden. Wir wollen auf dem bereits Bestehenden aufbauen: auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der Staaten der Region, auf den bereits eingeleiteten Initiativen und Programmen sowie auf der Sachkenntnis der NATO, der EU, der OSZE, des Europarats, der Vereinten Nationen, der internationalen Finanzinstitutionen, der nichtstaatlichen Organisationen und vieler anderer mehr.

Der Stabilitätspakt unterscheidet sich von früheren Lösungsansätzen für die Fragen der Region, weil er sich auf eine langfristige Vision für die Region stützt und eine in sich schlüssige Politik der präventiven Diplomatie sowie maßgeschneiderte Beschlussfassungsstrukturen umfasst.

Der Stabilitätspakt beruht auf der Vision eines Südosteuropas, dessen Zukunft durch die Grundlagen Frieden, Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstand sowie innere und äußere Sicherheit gewährleistet wird, eines Südosteuropas, das schließlich in Europa und in die euro-atlantischen Strukturen integriert sein wird. Blickt man auf das letzte Jahrhundert zurück, so ist diese Vision ein radikaler Neubeginn – etwas, das wir noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten hätten.

Bisher war die Balkanpolitik auf Symptome und Krisen ausgerichtet. Der Stabilitätspakt ist der erste Versuch, die politischen und wirtschaftlichen Strukturdefizite in den Staaten der Region mit einem umfassenden Ansatz der präventiven Diplomatie zu beheben. Ein innovativer Aspekt ist hierbei, dass er sich auf die Teilnahme aller stützt und die Staaten Südosteuropas in vollem Umfang als gleichberechtigte Partner, ja sogar als Eigentümer des Stabilisierungsprozesses in die Arbeit einbezogen werden.

Vor allem macht man sich jedoch bei diesem Ansatz die erfolgreichsten Konzepte der europäischen Nachkriegsgeschichte zunutze: Die Integration im EU-Rahmen einte Westeuropa, und der Helsinki-Prozess trug zur Überwindung der Spaltung Europas bei. Wir haben keine besseren Instrumente als diese beiden.

Der Stabilitätspakt ist somit eine Art Helsinki-Prozess für Südosteuropa. Seine Beschlussfassungsstrukturen, die aus einem System von drei „Arbeitstischen“ bestehen, deren



Der finnische Präsident Martti Ahtisaari (links) – hier während einer Tagung von neun Balkanstaaten am Vorabend des Gipfels zum Stabilitätspakt in Sarajewo neben dem Sonderkoordinator des Stabilitätspakts, Bodo Hombach – bezeichnete den Stabilitätspakt als Marathonlauf.

(Foto: Belgia)

## Hintergrundinformationen zum Stabilitätspakt

*Der Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde am 10. Juni 1999 in Köln auf einer Sondertagung der Außenminister verschiedener Staaten und der Vertreter internationaler Organisationen und Institutionen sowie regionaler Initiativen verabschiedet. Der Pakt bedeutet das politische Bekenntnis aller beteiligten Staaten und Gremien zu einem umfassenden und koordinierten Lösungsansatz für die Region und setzt die präventive Diplomatie an die Stelle des Krisenmanagements.*

*Der Stabilitätspakt bietet allen einschlägigen Akteuren den Rahmen, mit dessen Hilfe sie auf die gemeinsamen Ziele in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und Wiederaufbau sowie äußere und innere Sicherheit hinarbeiten können.*

*Um die Erreichung der Ziele des Paktes zu erleichtern, ist in dem in Köln vereinbarten Dokument ein Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes vorgesehen. Der frühere Kanzleramtsminister Bodo Hombach wurde im Juli 1999 mit dieser Aufgabe betraut.*

- Der Stabilitätspakt hat 29 Teilnehmer: die 15 EU-Mitgliedstaaten, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien,<sup>(\*)</sup> Rumänien, die Russische Föderation, Slowenien, die Türkei, Ungarn, die Vereinigten Staaten von Amerika, die EU-Kommission, der amtierende OSZE-Vorsitzende und der Europarat.*
- Darüber hinaus haben im Hinblick auf die Ziele des Paktes folgende an seinen Strukturen teilnehmende Staaten, Institutionen und regionale Initiativen eine unterstützende Funktion: Japan, Kanada, die Vereinten Nationen, das Amt der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, die NATO, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Westeuropäische Union, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Royumont-Prozess, die Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeeranrainer, die Mitteleuropäische Initiative, die Kooperationsinitiative Südosteuropa und der Südosteuropäische Kooperationsprozess.*
- Am 16. September 1999 waren auf der Tagung des Regionaltisches für Südosteuropa folgende Beobachterstaaten vertreten: die Republik Moldau, Norwegen, Polen, die Schweiz, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik und die Ukraine. Als Gäste des Vorsitzenden waren vertreten: Montenegro, die Mission der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für das Kosovo (UNMIK), das Büro des Hohen Beauftragten und das Europäische Parlament.*

*(\*) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.*

Ergebnisse am „Regionaltisch“ gesammelt werden, ähneln sehr den „Körben“, in denen während des Helsinki-Prozesses ähnliche politische Themen zusammengefasst wurden.

Nur in der Rahmenstruktur des Stabilitätspaktes kommen alle Akteure an einem Tisch zusammen, auch die internationalen Finanzinstitutionen. Und hier sind sie gleichberechtigte Partner. Der Stabilitätspakt ist kein zusätzlicher Akteur auf der internationalen Bühne, sondern soll unter den bisherigen Akteuren einen echten Mehrwert schaffen. Er stimuliert und beschleunigt.

### Konkrete Schritte

Mit konkreten Maßnahmen ist man schon weit vorangekommen. Auf der Tagung des „Regionaltisches“ vom 16. September 1999 wurde der Arbeitsplan für die „Arbeitstische“ abschließend behandelt. Zudem vereinbarte man ein System für den Vorsitz bzw. den gemeinsamen Vorsitz der „Arbeitstische“, die ihre ersten Tagungen alle im Oktober 1999 hatten. Das System des gemeinsamen Vorsitzes bedeutet, dass die Staaten der Region als Gastgeber für Tagungen der „Arbeitstische“ fungieren und zugleich bei der Vor- und Nachbereitung eine zentrale Rolle spielen.

Was den eigentlichen Inhalt der Arbeit des Stabilitätspaktes betrifft, so sind in einigen Schlüsselbereichen bedeutende Fortschritte erzielt worden. Beispielsweise ist eine Investitionscharta erarbeitet worden, die feste Zusagen seitens der Staaten der Region enthält, für ein besseres Investitionsklima zu sorgen. Zudem ist ein Wirtschaftsrat gebildet worden, der sich aus führenden Wirtschaftsvertretern der Teilnehmerstaaten des Stabilitätspaktes, einschließlich südosteuropäischer

Staaten, zusammensetzt und eng in die praktische Umsetzung der Investitionscharta einzubeziehen ist. Darüber hinaus erarbeitet die Weltbank im Rahmen der Arbeitsteilung zwischen den internationalen Banken eine umfassende Strategie für die regionale Entwicklung, während die Europäische Investitionsbank bei der Festlegung der Rangfolge regionaler Infrastrukturprojekte federführend ist und die Europäische Bank



► Der Beginn des Gipfels zum Stabilitätspakt im Olympiastadion Zetra von Sarajewo am 29. Juli 1999. Vierzig Staats- und Regierungschefs sowie die Leiter internationaler Organisationen kamen zusammen, um Möglichkeiten zur Förderung des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung Südosteuropas zu erörtern.

(Foto: Reuters)



*Ein SFOR-Soldat steht als Wachtposten auf dem Turm des Olympiastadions von Sarajewo, wo am 29. Juli 1999 der Gipfel zum Stabilitätspakt abgehalten wurde. „Der NATO kommt zweifellos bei einigen wichtigen Aspekten der Paktarbeit eine zentrale Rolle zu.“*

(Foto: Belgio)

für Wiederaufbau und Entwicklung ein Programm zur Entwicklung des privaten Sektors in der Region vorbereitet.

Im Rahmen der allgemeinen Bekämpfung des organisierten Verbrechens ist eine Initiative gegen Korruption eingeleitet worden, und einige Arbeitsstäbe erstellen integrierte Aktionspläne für die Bereiche Verwaltungsarbeit, Bildungs-

wesen, Freiheit der Medien, Gleichberechtigung von Mann und Frau, ethnische Minderheiten und Flüchtlinge.

Auf dem Gebiet der Verteidigung macht die Arbeit an vertrauensbildenden Maßnahmen (z.B. bessere Kontakte zwischen den Streitkräften verschiedener Staaten, Kontrolle des Waffenhandels und Verringerung der Zahl der im Umlauf befindlichen Handfeuerwaffen, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen) gute Fortschritte. Die nächste Tagung des „Arbeitsstisches Sicherheit“ ist für Anfang 2000 in Sarajewo geplant.

Ein wichtiges Ereignis für den Stabilitätspakt wird die regionale Finanzkonferenz sein, die im ersten Quartal des Jahres 2000 stattfinden soll. Sie wird die erforderlichen Ressourcen für zahlreiche der geplanten Projekte bereitstellen. Wir haben nämlich jetzt mit der nächsten Phase der praktischen Umsetzung begonnen, in der die Projekte sozusagen die Form von Baustellen annehmen.

## Zusammenarbeit mit der NATO

Während ich die Arbeit mit dem Stabilitätspakt fortsetze, gehe ich erwartungsvoll davon aus, dass ich mit Lord Robertson die engen Arbeitsbeziehungen, die unter seinem Vorgänger, Dr. Javier Solana, hergestellt wurden, aufrechterhalten kann. Die Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, sind so komplex und umfangreich, dass sie von keiner Organisation und von keinem Staat allein bewältigt werden können. Der NATO kommt jedoch zweifellos bei einigen wichtigen Aspekten der Paktarbeit eine zentrale Rolle zu. Gemeinsam haben wir die Chance, Südosteuropa eine Zukunft der Stabilität und des Wohlstands zu sichern. ■



# Die Sicherheitspolitik der Schweiz und ihre Partnerschaft mit der NATO

Martin Dahinden

Stellvertretender Leiter der Schweizer NATO-Vertretung

*Tiefgreifende Veränderungen des europäischen strategischen Umfelds seit dem Ende des Kalten Krieges und insbesondere die Krisen auf dem Balkan haben die Schweiz veranlasst, ihre traditionelle Sicherheitspolitik entsprechend anzupassen. Es geht nicht darum, die Neutralität aufzugeben, aber die Schweizer versuchen nun, ihre Sicherheit durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und mit der NATO zu stärken, vor allem durch die Partnerschaft für den Frieden (PfP). Zudem wird nun öffentlich über die Entsendung bewaffneter Einheiten ins Ausland diskutiert, obwohl die Schweizer Gesetze dies derzeit nicht zulassen. Der stellvertretende Leiter der Schweizer NATO-Vertretung, Martin Dahinden, erläutert im Folgenden, wie wichtig die Teilnahme an der PfP und am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat für sein Land ist, und fordert dazu auf, die Zusammenarbeit in beiden Foren zu stärken.*



Seit mehreren Jahrhunderten stützt sich die Schweizer Sicherheitspolitik auf eine autonome Verteidigung und auf das Neutralitätsprinzip. Tiefgreifende Veränderungen des strategischen Umfelds in Europa und die Konflikte auf dem Balkan haben die Schweiz jedoch dazu veranlasst, ihre traditionelle Sicherheitspolitik entsprechend anzupassen. Auf absehbare Zeit wird es erforderlich sein, die Sicherheit in erster Linie durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und mit Sicherheitsorganisationen wie der NATO zu stärken. Die Schweiz hat allerdings nicht die Absicht, dem Bündnis beizutreten oder ihren neutralen Status aufzugeben. Sie hat daher größtes Interesse am langfristigen Erfolg des Programms der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und an einem Ausbau der Rolle des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR).

## Die NATO und die Sicherheit der Schweiz

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserte sich die Sicherheitslage der Schweiz erheblich, als ihre Nachbarn – Deutschland, Frankreich und Italien – Mitglieder eines Bündnisses wurden, das sich zur Demokratie, zur Freiheit der Person und zur Rechtsstaatlichkeit bekannte. Zum ersten Mal seit mehreren Jahrhunderten lag die Schweiz nicht mehr im Schnittpunkt der Wege feindlicher Großmächte. Die NATO hat in ganz Europa eine bedeutende Stabilisierungsrolle gespielt, indem sie die Sicherheit Europas mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten verknüpfte. Nach dem Ende des Kalten Krieges bietet die NATO nun unverändert die Garantie dafür, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der westeuropäischen Staaten nicht wieder in rein nationalen Bahnen betrieben wird.

Die Schweizer begrüßten die Öffnung der NATO und ihre Anpassung an das sich ändernde Sicherheitsumfeld als wirksame Mittel zur Förderung der Sicherheit und Stabilität des euro-atlantischen Raumes insgesamt. Dank der PfP konnte die Schweiz – gestützt auf ihre engen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu einzelnen NATO-Mitgliedstaaten – normale Beziehungen zur NATO herstellen und einen regelmäßigen Dialog mit ihr führen.



## Die Auswirkungen der Krisen im ehemaligen Jugoslawien

Welche langfristigen Auswirkungen die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien auf die Schweizer Außen- und Sicherheitspolitik haben werden, wird sich erst mit der Zeit zeigen. Im Verhältnis zu ihrer Größe hat die Schweiz mehr Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen als jedes andere westeuropäische Land. Die Schweiz war von der Krise im Kosovo besonders betroffen. Etwa 170 000 Kosovo-Albaner, nahezu zehn Prozent der Bevölkerung des Kosovo, flohen in die Schweiz. Während der Krise erklärte jeder zweite Flüchtling in Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien<sup>(1)</sup> die Schweiz zu sei-

Der Schweizer Außenminister Joseph Deiss am 16. Mai 1999 während seines Besuchs im Flüchtlingslager Spitalla in der Nähe von Durres (östlich der albanischen Hauptstadt Tirana) im Gespräch mit einem kosovo-albanischen Flüchtling.  
(Foto: Belgia)

(1) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

nem bevorzugten Ziel, falls die Rückkehr in das Kosovo nicht möglich sein sollte.

Der massive Zustrom von Flüchtlingen ist nicht die einzige Folge, welche die Schweiz nach nahezu zehn Jahren mit Konflikten auf dem Balkan zu spüren bekommt. Negative Auswirkungen haben auch der illegale Waffenhandel, die organisierte Kriminalität und die Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in der Schweiz leben.

Die Schweiz reagierte auf die Kosovo-Krise rasch mit ihren traditionellen außenpolitischen Instrumenten. Sie leitete umfassende Programme für die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau ein. Allein 1999 wurde die Region mit ungefähr 200 Mill. US-Dollar unterstützt, so dass die Schweiz ein bedeutender Geberstaat geworden ist.

Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der NATO wurde während der Krisen in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo in einem noch nie dagewesenen Ausmaß vertieft. Ende 1995 öffneten die Schweizer den IFOR-Truppen ihren Luftraum und ihr Schienen- und Straßennetz. Das Verteidigungsministerium leitete mit den Streitkräften Albaniens und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bilaterale Hilfsprogramme ein. Heute werden diese Programme im Rahmen der PfP mit der NATO und mit anderen Staaten abgestimmt. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr positiv.

Als Hunderttausende aus dem Kosovo flohen, begann die Schweiz mit bilateralen humanitären Hilfsprogrammen in der Region. Transporthubschrauber der Schweizer Streitkräfte wurden u.a. dem Amt der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt. Neben dieser Hilfe leitete die Schweiz auf Ersuchen mehrerer europäischer Außenminister gemeinsam mit Griechenland, Russland und dann auch Österreich ein Unterstützungsprogramm (FOCUS) für die innerhalb des Kosovo vertriebenen Personen ein. Auch die Opfer des bewaffneten Konflikts in Serbien wurden unterstützt. Dies wäre ohne die enge Zusammenarbeit mit den politischen und militärischen Stellen der NATO nicht möglich gewesen. In diesem Zusammenhang waren die bereits im Rahmen der PfP gesammelten Erfahrungen äußerst hilfreich.

Die Gesetze der Schweiz lassen nicht zu, dass die Schweizer Regierung bewaffnete Einheiten ins Ausland entsendet. Trotzdem beschloss die Schweizer Regierung, für das österreichische KFOR-Bataillon eine unbewaffnete Unterstützungseinheit bereitzustellen. Derzeit befinden sich etwa 140 Schweizer Soldaten im Kosovo. Mittlerweile ist in der Schweiz zudem eine öffentliche Debatte darüber in Gang gekommen, ob dieses Verbot der Entsendung bewaffneter Einheiten ins Ausland gemeinsam mit einigen anderen Gesetzeshindernissen für die internationale Zusammenarbeit aufgehoben werden sollte.

*Schweizer UNHCR-Hubschrauber am 20. April 1999 mit humanitärer Hilfe für kosovo-albanische Flüchtlinge in Nordalbanien.*

*(Foto: Belgo)*





## Beitritt Irlands zur Partnerschaft für den Frieden

Am 1. Dezember 1999 wurde Irland das 25. Mitglied des Programms der Partnerschaft für den Frieden (PfP).

An diesem Tag stattete der irische Außenminister David Andrews der Brüsseler NATO-Zentrale einen Besuch ab, um das PfP-Rahmendokument zu unterzeichnen und das vom irischen Parlament gebilligte PfP-Präsentationsdokument zu überreichen, in dem die Grundlagen für die irische Beteiligung an der PfP dargelegt werden.

David Andrews betonte, die Entscheidung Irlands für den PfP-Beitritt stehe „in vollem Einklang mit der irischen Neutralitätspolitik“ und Irland habe nicht die Absicht, dem Nordatlantischen Bündnis oder auch irgendeinem anderen Bündnis beizutreten. Vor dem Nordatlantikrat erklärte er, dass Irland, das bei friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen eine aktive Rolle spielt und die Weiterentwicklung internationaler Strategien und Maßnahmen für die Gebiete Konfliktverhütung, Wahrung des Friedens und Krisenbewältigung unterstützt, die große Rolle friedenserhaltender Maßnahmen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden begrüßt und sehr daran interessiert ist, bald seinen Beitrag zu den diesbezüglichen Partnerschaftsaktivitäten leisten zu können.

Zudem führte er an: „Irland sieht auch der Teilnahme am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat erwartungsvoll entgegen. Wir betrachten den EAPR als ein wichtiges Diskussionsforum [und] sehen in ihm den praktischen Ausdruck des Prinzips der durch wechselseitige Verstärkung geprägten Zusammenarbeit bei den Bemühungen um Frieden und Stabilität in Europa.“

Während der Unterzeichnungszeremonie rühmte NATO-Generalsekretär Lord Robertson Irland als „eines der wichtigsten Länder in Bezug auf die Bereitstellung gut ausgebildeter Truppen für internationale Friedensmissionen“ und verwies insbesondere auf die von Irland entsandte Militärpolizei-Kompanie für die SFOR-Mission und eine Transportkompanie für die KFOR-Mission. Er meinte, die Teilnahme an der PfP und am EAPR werde die Wirksamkeit der irischen Beiträge sogar noch erhöhen.

Als nächster Schritt folgt nun die Erarbeitung eines individuellen Partnerschaftsprogramms für Irland; dieses Programm wird sich auf das breite Spektrum der im PfP-Rahmen angebotenen Kooperationsaktivitäten stützen, das den Partnerstaaten ermöglicht, ihre Teilnahme auf ihre jeweiligen nationalen Erfordernisse und Prioritäten abzustimmen. Wie David Andrews vor dem Nordatlantikrat sagte: „Irland misst den für die Partnerschaft kennzeichnenden Elementen der Freiwilligkeit, der Flexibilität und der Selbstdifferenzierung große Bedeutung bei.“



Am 1. Dezember 1999 unterzeichnet der irische Außenminister David Andrews (links) das PfP-Rahmendokument und überreicht NATO-Generalsekretär Lord Robertson das PfP-Präsentationsdokument seines Landes.

(Foto: Belgio)

## Gemeinsame Vorbereitung von Missionen

Eine sorgfältige Vorbereitung ist der Schlüssel zum Erfolg jeder militärischen Zusammenarbeit. Die während Operationen wie SFOR, AFOR und KFOR gesammelten Erfahrungen werden nun zur treibenden Kraft für die Weiterentwicklung sowohl der PfP insgesamt als auch der Partnerschaftsprogramme der einzelnen Staaten. Dies führt zu anspruchsvolleren Übungen, effizienterer Ausbildung und zu zusätzlichen Bemühungen um eine Erhöhung der Interoperabilität.

In der Anfangsphase der Schweizer Teilnahme an der PfP beteiligte sich die Schweiz abgesehen von der zivilen Notfallplanung nicht an Truppenübungen oder sonstigen Operationen. Die Teilnahme an verschiedenen Stabsrahmenübungen und an der jährlichen Krisenbewältigungsübung

der NATO hat jedoch zu einer besseren Kenntnis der Strukturen und der Arbeitsmethoden der NATO, ihrer Mitglieder und anderer Staaten geführt.

Erst vor kurzem wurde auch die Interoperabilität der Streitkräfte zu einem Teil der Zusammenarbeit, und dieser Aspekt wird durch die Teilnahme an der KFOR-Mission an Bedeutung zunehmen. Zudem beteiligt sich die Schweiz seit 1999 am Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP). Die Vorteile dieser Zusammenarbeit gehen weit über die Partnerschaft mit der NATO hinaus und haben sich bei bilateralen Vorhaben auch für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften anderer Staaten als nützlich erwiesen.

## Zusätzliche Schweizer Hilfe

Als sich die Schweizer Regierung zur Teilnahme an der PfP entschloss, wollte sie auf jeden Fall einen Nettobeitrag

zur Partnerschaft leisten. Diesen Beitrag leistet sie nicht in Bezug auf zentrale militärische Aktivitäten, sondern in Bereichen wie Such- und Rettungseinsätze, zivile Notfälle, Verbreitung des humanitären Völkerrechts, sicherheitspolitische Bildungsarbeit, demokratische Kontrolle der Streitkräfte, medizinische Ausbildung sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Anfang 1999 wurde das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, eine von der Schweizer Regierung finanzierte internationale Ausbildungseinrichtung, als eine der ersten Einrichtungen vom Nordatlantikrat offiziell als PfP-Ausbildungszentrum anerkannt. Eine weitere PfP-Initiative der Schweiz ist das Internationale Sicherheitsnetz (ISN) – eine Einrichtung, mit der die Verwendung moderner Informationstechnologien im Bereich der Sicherheitspolitik gefördert wird. Eins der ISN-Projekte betrifft die Indexierung von Informationen mit dem Ziel, die Suche nach Schlüsselbegriffen auf der Website der NATO zu erleichtern.

## Vertrauensbildende Maßnahmen

Seit der Zeit des Völkerbundes bevorzugt die Schweiz internationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen von Konflikten und zur Verhinderung einer gefährlichen Eskalation. Auch heute noch gelten Konfliktverhütung, präventive Diplomatie und vertrauensbildende Maßnahmen als Prioritäten.

Die PfP hat zu einer neuen Generation pragmatischer vertrauensbildender Maßnahmen geführt, ohne langwierige konzeptionelle Debatten auszulösen. Die täglichen Kontakte und die praktische Zusammenarbeit zwischen den politischen, militärischen und zivilen Vertretern der NATO und den Partnerstaaten sind eine Form vertrauensbildender Maßnahmen, die weit über die während des Kalten Krieges entwickelten klassischen Maßnahmen hinausgeht. Auf diese Weise hat die PfP das Ansehen der NATO in Nichtmitgliedstaaten beträchtlich erhöht – sogar in der Schweiz, die ohnehin seit jeher gute Beziehungen zum Bündnis und seinen Mitgliedstaaten unterhalten hat.

Natürlich brauchen wir mehr als diese Art von Zusammenarbeit, wenn wir bestimmte wichtige europäische Sicherheitsfragen lösen wollen, die noch immer Gegenstand grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten sind. Die bisher gemachten Erfahrungen und das durch gemeinsame Aktivitäten geschaffene Vertrauen verbessern jedoch die Voraussetzungen für einvernehmliche Lösungen und tragen dazu bei, Missverständnisse zu vermeiden, die mit einer gefährlichen Eskalation verbunden sein können.

## Die künftige Rolle der Partnerschaft

Die Partnerstaaten verfolgen im Rahmen der Partnerschaft sehr unterschiedliche Ziele. Manche versuchen, im Hinblick auf eine künftige NATO-Mitgliedschaft ihre Fähigkeiten zu verbessern. Andere sehen in der Partnerschaft die institutionelle Tür zur euro-atlantischen Staatengemeinschaft. In den Augen der Schweiz bietet die Partnerschaft einen Rahmen für politische Konsultationen und die praktische Zusammenarbeit mit der NATO. Unabhängig von diesen unterschiedlichen Vorstellungen weist die Partnerschaft

allerdings noch immer ein ungenutztes Potential von erheblichem Umfang auf, insbesondere auf den Gebieten der Krisenbewältigung, der Nutzung des EAPR und der praktischen Zusammenarbeit.

## Krisenbewältigung

Schon auf dem Madrider Gipfeltreffen von 1997 erklärte der Leiter der Schweizer Delegation, Bundesrat Ogi, die EAPR sei für die praktischen und operationellen Aspekte der Konfliktbewältigung besonders gut geeignet. Dies gilt auch heute noch. Die Schweiz unterstützt die Entwicklung von Fähigkeiten, die der NATO und ihren Partnerstaaten in allen nicht mit Aufgaben der kollektiven Verteidigung zusammenhängenden Notfällen eine rasche gemeinsame Reaktion ermöglichen. Der EAPR sollte sich in erster Linie auf die militärischen Aspekte der Reaktionen auf Krisen, der friedenserhaltenden Maßnahmen, der humanitären Unterstützungsmaßnahmen und der Katastrophenhilfe konzentrieren. Die Errichtung des Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe (EADRCC), durch das zivile Rettungsbemühungen mit militärischen Mitteln unterstützt werden sollen, war ein bedeutender Schritt nach vorn. Darüber hinaus zeichnet das Konzept der operationellen Fähigkeiten, das auf dem Washingtoner Gipfeltreffen (1999) beschlossen wurde, den Weg zur Verbesserung der praktischen und operationellen Aspekte der Krisenbewältigung vor.

*Innerstaatliche Rechtsvorschriften hindern die Schweiz an der Entsendung bewaffneter Einheiten ins Ausland. Eine unbewaffnete Unterstützungseinheit wurde jedoch dem österreichischen KFOR-Bataillon zur Verfügung gestellt.*

*(Foto: österreichisches Außenministerium)*



Eine der Lehren aus den Balkankrisen besteht darin, dass die Aufgabe der Krisenbewältigung immer komplexer wird. Es gibt keine eindeutige Zuordnung von Strukturen und Verfahren, und so arbeiten verschiedene Organisationen, Konzepte und Instrumentarien parallel zueinander. Krisenbewältigungsstrategien werden häufig erst während der jeweiligen Krise entwickelt, und diese schwierigen Bedingungen werden wahrscheinlich auch noch in künftigen Notfällen herrschen.

Vor diesem Hintergrund kann und sollte der EAPR eine wichtige Rolle im Hinblick darauf spielen, die NATO und ihre Partnerstaaten bei künftigen Krisen zu einem kohärenteren Vorgehen zu bewegen. Soll er diese Aufgabe erfolgreich wahrnehmen können, so kommt es darauf an, den Erfahrungen der letzten Zeit Rechnung zu tragen und eine offene Diskussion über die Defizite der EAPR-Arbeit sowie über die erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten.

## Die Stärkung der politischen Rolle des EAPR

Seit seiner Gründung (1997) bietet der EAPR einen wertvollen Rahmen für politische Konsultationen, insbesondere in Bezug auf das Kosovo und die Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina. Verbesserungen sind jedoch möglich. Häufig sind die politischen Diskussionen nicht so substantiell wie sie eigentlich sein könnten. Der EAPR muss

in höherem Maße der Ausgangspunkt für wichtige Initiativen werden. Ein guter Anfang ist mit Initiativen gemacht worden, die in den Bereichen globale humanitäre Minenräumaktionen, Verbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffensystemen sowie regionale Sicherheitszusammenarbeit in Südosteuropa und im Kaukasus eingeleitet worden sind. Es ist Aufgabe der Partnerstaaten selbst, Vorschläge für geeignete gemeinsame Maßnahmen auf denjenigen Gebieten zu unterbreiten, die für sie von besonderem Interesse sind, und dabei das Potential des EAPR besser zu nutzen.

## Ausbau der praktischen Zusammenarbeit im Rahmen der PFP

Die direkte Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Bündnismitglieder und ihrer Partnerstaaten bei Operationen, Übungen sowie Ausbildungs- und Unterrichtsprogrammen zählt zu den unbestrittenen Vorzügen des PFP-Programms. Die Streitkräfte der europäischen Staaten sind im Allgemeinen mit Haushaltskürzungen konfrontiert, während sie zugleich zusätzliche Aufgaben bekommen, die internationale Zusammenarbeit erfordern. Dies gilt auch für die Streitkräfte der Schweiz.

Auf dem Washingtoner Gipfeltreffen wurden Maßnahmen getroffen, mit denen man diesen Problemen entgegen treten kann. Die vertiefte und auch operativere Partnerschaft ermöglicht eine bessere Einbindung der Partnerstaaten in gemeinsame Notfalloperationen mit der NATO, die nicht mit Aufgaben der kollektiven Verteidigung zusammenhängen. Die Schweiz bereitet sich erwartungsvoll darauf vor, ihren spezifischen Beitrag zu diesem gemeinsamen Vorhaben leisten zu können. ■

**Weitere Quellen:**

 **Das außen- und sicherheitspolitische Netz der Schweiz** (<http://www.spn.ethz.ch/>)

**Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden** (<http://www.pfp.ehtz.ch/index.cfm>)

**Schweizer NATO-Vertretung** (<http://www.nato.int/pfp/ch/home.htm>.)

**Netz der internationalen Beziehungen und der internationalen Sicherheit** (<http://www.isn.ethz.ch/>)

**Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik** (<http://www.gcsp.ch/>)



Die NATO im Blickpunkt



## Neuer Ständiger Vertreter Dänemarks

*Botschafter Niels Egelund (53) ist als Nachfolger von Botschafter Gunnar Riberholdt zum neuen Ständigen Vertreter Dänemarks im Nordatlantikrat ernannt worden.*

*Niels Egelund absolvierte die Sprachenschule der dänischen Streitkräfte (1965-67) und hatte von 1967 bis 1971 eine Teilzeitanstellung als Oberleutnant (Reserve) bei der Königlichen Leibgarde. Danach studierte er Geschichte, Russisch und Politikwissenschaft an den Universitäten Kopenhagen und Arhus (Dänemark) sowie am Europakolleg (Brügge, Belgien).*

*Nach dem Abschluss seines Studiums trat er 1972 in das dänische Außenministerium ein. Seinen ersten Auslandsposten hatte er von 1976 bis 1980, als er als Erster Sekretär an der Botschaft Dänemarks in Washington tätig war. Nach seiner Rückkehr war er bis 1982 Berater der dänischen Sicherheits- und Abrüstungskommission, bevor er zum stellvertretenden Leiter des NATO-Referates im dänischen Außenministerium ernannt wurde. 1985 ging er als Gesandter und stellvertretender Missionschef nach Bonn.*

*1987 kehrte er nach Kopenhagen zurück und wurde im dänischen Außenministerium zum Abteilungsleiter ernannt; zunächst war er zuständig für sowjetische und osteuropäische Angelegenheiten sowie für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dann für die Beziehungen zu Nord- und Südamerika, Westeuropa, die europäische politische Zusammenarbeit und die politische Planung (1989-91) und schließlich für die Beziehungen zur NATO und zur WEU, Abrüstungsfragen in den Vereinten Nationen und die europäische politische Zusammenarbeit und Planung (1991-92). 1992 wurde er zum Botschafter, Unterstaatssekretär und Politischen Direktor befördert, d.h. er war Mitglied des Politischen Ausschusses der Europäischen Union. Von 1994 bis zur Übernahme seines jetzigen Amtes im Oktober 1999 war er im Büro des dänischen Premierministers Chefberater für Außen- und Verteidigungspolitik.*

# Das Wissenschaftsprogramm der NATO intensiviert die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten

Nancy T. Schulte

Ehemalige Mitarbeiterin der Wissenschafts- und Umweltabteilung der NATO



*In dem Maße wie sich das Bündnis verändert hat, sind auch an seinem zivilen Wissenschaftsprogramm Änderungen vorgenommen worden. Das NATO-Wissenschaftsprogramm, das vor 40 Jahren mit dem Ziel in die Wege geleitet wurde, den Wissenschafts- und Technologiesektor innerhalb der atlantischen Staatengemeinschaft zu stärken, stellt heute aktiv nichtmilitärische Verbindungen zwischen dem Bündnis und denjenigen Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion her, die sich an der Partnerschaft für den Frieden beteiligen. 1999 arbeiteten mehr als 13 000 Wissenschaftler aus den NATO-Staaten und ihren Partnerstaaten zusammen, indem sie sich an gemeinsamen Forschungsprojekten, Arbeitstagen und Forschungsinstituten beteiligten oder durch Forschungsstipendien der NATO unterstützt wurden.*

**Y**ves Sillard, Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Wissenschafts- und Umweltangelegenheiten, erklärte bei einer Darstellung der Veränderungen, die sich in den letzten Jahren im Bereich des Wissenschaftsprogramms vollzogen haben: „Der Tenor unserer Arbeit ist die Förderung der Zusammenarbeit und des Vertrauens zwischen Wissenschaftlern der 44 Staaten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates mit dem Ziel, zu einer Stabilisierung des Wissenschaftssektors in den Partnerstaaten beizutragen...Durch die Herstellung und Stärkung internationaler wissenschaftlicher Kontakte leisten wir einen Beitrag zur Stabilität und zum Frieden.“

Yves Sillard leitet das Wissenschaftsprogramm seit Anfang 1998 und ist die treibende Kraft hinter der bedeutenden Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten. Im November 1998 reiste er in Begleitung einiger Mitglieder des Wissenschaftsausschusses nach Moskau, um eine Vereinbarung über diejenigen Forschungsgebiete auszuhandeln, die für Wissenschaftler der

NATO und Russlands von gemeinsamem Interesse sind. Dies geschah im Rahmen eines Memorandums über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der NATO und dem russischen Wissenschafts- und Technologieministerium, das vom damaligen NATO-Generalsekretär Dr. Javier Solana und dem stellvertretenden russischen Wissenschafts- und Technologieminister, Wladislaw Nitschkow, im Mai 1998 in Luxemburg unterzeichnet worden war. Zu den genannten Bereichen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zählen Pflanzenbiotechnologie, Plasmaphysik sowie Katastrophenvorhersage und Katastrophenschutz.

Es sind auch andere Initiativen eingeleitet worden, wie z.B. das Programm für Industriepartnerschaften, das die Weitergabe technologischer Erkenntnisse wissenschaftlicher Institutionen an die Industrie beschleunigen soll; eine Vereinbarung mit führenden Wissenschaftlern der Ukraine, mit der die ukrainische Beteiligung am Wissenschaftsprogramm ausgebaut werden soll, und ein Plan zur Einbeziehung von



*Praktische Demonstration der Umweltverschmutzung und ihrer Folgen in einem Wald im Industriegebiet Oberschlesien während der NATO-Arbeitstagung für moderne Forschung, die im September 1997 in Teschen (Polen) abgehalten wurde.*

(Foto: NATO)

Wissenschaftlern der Partnerstaaten in die Arbeit der wissenschaftlichen Gutachtergruppen des Programm, die Empfehlungen zu Vorschlägen abgeben.

Im Oktober 1999 trat der Wissenschaftsausschuss in Bukarest zusammen. Dort erörterten die Ausschussmitglieder und die rumänischen Experten Fortschritte auf Gebieten wie Optoelektronik, Laserphysik und hochauflösende Spektralanalyse. Der rumänische Präsident Emil Constantinescu zeigte sich gegenüber Yves Sillard sehr daran interessiert, die Teilnahme rumänischer Wissenschaftler am Wissenschaftsprogramm auszubauen.

## Die Zusammenarbeit zwischen den Partnerstaaten und dem Bündnis

Ab 1992 konnten im Rahmen des Wissenschaftsprogramms Anträge auf Forschungsmittel auch von Wissenschaftlern aus Partnerstaaten gestellt werden, aber erst im Januar 1999 hatte man erreicht, dass sich fast alle Anträge auf Kooperationsprojekte zwischen Partnerstaaten und dem Bündnis bezogen. Dieser Übergang ergab sich teilweise aus einer 1997 vorgenommenen Überprüfung der Programmaktivitäten durch eine unabhängige Gruppe renommierter Wissenschaftler. Ein wichtiges Ergebnis dieser Überprüfung bestand darin, dass das Wissenschaftsprogramm wegen seiner Unterstützung des gesamten Spektrums ziviler wissenschaftlicher Aktivitäten auf einzigartige Weise dazu geeignet ist, nichtmilitärische Verbindungen zwischen dem Bündnis und seinen Partnerstaaten zu stärken. Der Dialog mit Wissenschaftlern der Partnerstaaten und die Hilfe zur Stabilisierung des wissenschaftlichen Sektors der Partnerstaaten wurden in einem Umfeld, in dem sich der politische und der militärische Dialog als schwierig erweisen können, als bedeutende Beiträge zur internationalen Sicherheit betrachtet.

Die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten wird in vier Unterprogramme eingeteilt, die auf die Bereiche Ausbildung von Nachwuchsforschern, Unterstützung kooperativer Forschungsvorhaben, Forschungsinfrastruktur sowie angewandte Wissenschaft und Technologie ausgerichtet sind. Obwohl die Zielgruppen und die Methoden unterschiedlich sind, weisen die Unterprogramme mehrere bedeutende Gemeinsamkeiten auf: Das wichtigste Auswahlkriterium ist wissenschaftliche Qualität, die Vorschläge werden von Wissenschaftlern der Partnerstaaten und des Bündnisses gemeinsam erarbeitet, und die Teilnahme jüngerer Wissenschaftler wird gefördert. Damit eine möglichst große Zahl von Wissenschaftlern unterstützt werden kann, decken die Zuwendungen nur Reisekosten und einen Teil der Aufenthaltskosten; gelegentlich umfassen sie auch Unterstützungsmittel für die Anschaffung wichtiger Ausrüstung durch die Partnerstaaten. Gehälter werden durch die NATO-Wissenschaftsgelder nicht bezuschusst.

## Die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern

Das Unterprogramm für Forschungsstipendien zielt auf die langfristige Absicherung der wissenschaftlichen Arbeit ab. Es bietet Wissenschaftlern der Partnerstaaten die Möglichkeit, in einem NATO-Staat ein Forschungsprojekt

durchzuführen oder ihre Ausbildung dort fortzusetzen, und Wissenschaftler der NATO-Staaten haben die gleichen Möglichkeiten in Partnerstaaten. Das Qualifikationsspektrum der Stipendiaten reicht vom Master-Grad bis hin zu leitenden wissenschaftlichen Positionen, aber die meisten Stipendiaten sind junge postgraduierte Forscher, die es in renommierte wissenschaftliche Institute der NATO-Staaten und ihrer Partnerstaaten zieht. Es zählt zu den Zielen des Programms, den sogenannten „Brain-Drain“ zu verhindern, indem man darauf besteht, dass Stipendiaten der Partnerstaaten nach Abschluss ihres Auslandsaufenthaltes wieder in ihr Heimatland zurückkehren.



1998 wurden durch das Programm 487 Stipendiaten aus Partnerstaaten unterstützt, was mehr als 35 Prozent der insgesamt 1360 Stipendiaten entspricht. Der Anteil der Stipendiaten aus den Partnerstaaten wird in den nächsten Jahren deutlich ansteigen, da der Nordatlantikktrat eine Umverteilung der Stipendienmittel beschlossen hat, der zufolge spätestens ab dem Jahr 2000 75 Prozent der Gelder zur Unterstützung von Austauschprogrammen mit den Partnerstaaten verwendet werden müssen.

## Kooperative Forschung

Das Unterprogramm „Kooperative Forschung und Technologie“ zielt darauf ab, gemeinsame Forschungsvorhaben in Gang zu bringen und persönliche Kontakte zwischen Wissenschaftlern aus früher durch politische Barrieren getrennte Staaten zu fördern. Forscher praktisch aller wissenschaftlichen Arbeitsgebiete können durch die Teilnahme an einem sehr strengen Auswahlverfahren, durch das nur die besten Vorschläge unterstützt werden, Fördermittel beantragen. Von den 1 500 Vorschlägen, die 1999 für den Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen NATO-Staaten und Partnerstaaten eingereicht wurden, kann voraussichtlich nur jeder dritte unterstützt werden.

Die Unterstützungsempfehlungen werden von vier Gutachtergruppen abgegeben, die sich jeweils aus etwa einem Dutzend angesehenen Wissenschaftler und Ingenieure zu-

Bulgarian and German scientists discuss their experiment in the laboratory of the Faculty of Physics, Sofia University. NATO funds make possible the joint research of problems in connection with the stability of high-frequency discharges in the use of plasma technologies.

(Foto: NATO)

sammensetzen, die vom Wissenschaftsausschuss ernannt werden. Die Gruppen treten dreimal jährlich zusammen, um die Mitarbeiter des Programms bezüglich der Vor- und Nachteile der zu prüfenden Vorschläge zu beraten.

Bei der Gruppe für Physik, Ingenieurwissenschaften und Technologie, die für die Bereiche Physik, Mathematik, Chemie, Informationstechnologie, Materialforschung und Ingenieurwissenschaften zuständig ist, gehen die meisten Vorschläge ein. Ein Beispiel für ein typisches Kooperationsvorhaben ist ein Projekt, an dem ukrainische Experten unter der Leitung von Professor Sergej A. Firstow vom Institut für



Materialforschung in Kiew beteiligt sind. Zusammen mit kanadischen und deutschen Kollegen entwickelt seine Forschergruppe Vielschichtprodukte, d.h. moderne Materialien, die in Hochleistungsrechnern sowie in der Luft- und Raumfahrt verwendet werden. Das Projekt ermöglicht der ukrainischen Gruppe, moderne Forschungseinrichtungen in Deutschland und Kanada zu nutzen, während deutsche und kanadische Forschergruppen zugleich mit neuen Ideen und hochentwickelten wissenschaftlichen Fähigkeiten konfrontiert werden.

Die Gutachtergruppe für Biowissenschaften und Biotechnologie, die für Biologie, Agrar- und Ernährungswissenschaft sowie für Medizin und Verhaltensforschung zuständig ist, unterstützt die Zusammenarbeit in so unterschiedlichen Bereichen wie Krebsforschung, Immunologie, Veterinärwissenschaft, Archäologie, Psychologie und Biotechnologie. Ein Beispiel aus der letzten Zeit betrifft Kontaktfördermittel, mit denen ein gemeinsames Projekt lettischer und deutscher Biomediziner unterstützt wurde, in dessen Rahmen die Wirkung bestimmter „Botenmoleküle“ auf das Aids-Virus (HIV) zu untersuchen war. Der Synergie-Effekt ergab sich bei dieser Zusammenarbeit daraus, dass die ausgezeichneten analytischen Fähigkeiten und Erfahrungen der lettischen Wissenschaftler auf dem Gebiet der Genombibliotheken mit den modernen Laboreinrichtungen der deutschen Forscher verbunden wurden.

Die Gruppe für Umwelt- und Geowissenschaften sowie Umwelt- und Geotechnologie, die sich mit Geowissenschaften und Atmosphärenforschung wie auch mit Ozeanographie befasst, unterstützt gemeinsame Forschungsprojekte in Bereichen wie Sanierungstechnologien für verseuchte Böden, Technologien zur Bewältigung regionaler Umweltprobleme sowie von Naturkatastrophen und von durch den Menschen verursachten Katastrophen. Vor diesem Hintergrund unterstützte die Gruppe im September 1997 in Teschen (Polen) eine Arbeitstagung über Möglichkeiten zur Behebung von Umweltschäden aufgrund der chemischen Verseuchung bestimmter Standorte in Osteuropa. Unter der gemeinsamen Leitung von Professor Pawel Migula von der Schlesischen Universität und Dr. David B. Peakall vom Kings' College in London waren auf der Arbeitstagung Experten aus 17 Staaten vertreten, um verschiedene Lösungen für die einzelnen Kontaminationsszenarien zu erörtern. Die Gutachtergruppe unterstützte auch eine Reihe von Projekten zur Erforschung der komplexen Prozesse, die die Ökosysteme des Schwarzen Meeres und des Kaspischen Meeres typisch sind.

Die mit Sicherheitsangelegenheiten befasste Gutachtergruppe für zivile Forschung und Technologie ist für Sicherheitsfragen im nuklearen, chemischen und biologischen Wissenschafts- und Technologiebereich sowie für entsprechende Fragen auf dem Gebiet der konventionellen Abrüstung zuständig; dazu zählen die Themen Lagerung und Beseitigung gefährlicher Abfälle, Technologiefolgenabschätzung, Detektorforschung und -technologie sowie Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit Kernkraftwerken. Auf einer Arbeitstagung, die im Juni 1999 unter der gemeinsamen Leitung von Dr. Siegfried S. Hecker, dem ehemaligen Direktor des Los Alamos National Laboratory in den Vereinigten Staaten und Dr. Juri Tscherepnin vom Nationalen Nuklearzentrum Kasachstans in Semipalatinsk zum Thema „Nuklearphysikalische Methoden bei radioökologischen Untersuchungen von Atomtestgeländen“ veranstaltet wurde, bewertete man die vorhandenen Methoden zur Messung radioaktiver Schadstoffe auf der Grundlage umfangreicher Untersuchungen des Atomtestgeländes bei Semipalatinsk.

## Infrastrukturunterstützung

Das Unterprogramm für die Unterstützung der wissenschaftlichen Infrastruktur unterstützt Partnerstaaten bei der Entwicklung der Forschungsinfrastruktur ihrer jeweiligen wissenschaftlichen Institute, wobei man sich auf Möglichkeiten der Computervernetzung konzentriert. Infrastrukturunterstützung wird in Form von Fördermitteln für die Computervernetzung wie auch in Form von Geldern für die Wissenschafts- und Technologiepolitik gewährt.

Seit 1994 ein erstes Vernetzungsprogramm gestartet wurde, spielt die NATO im Hinblick auf die Entwicklung der Intern- und Internet-Kommunikation zwischen Wissenschaftlern der Partnerstaaten eine entscheidende Rolle; an dieses Kommunikationsnetz sind mehr als 50 000 Wissenschaftler in mehr als 200 Instituten der Partnerstaaten angeschlossen. Die NATO-Infrastrukturmittel zur Computervernetzung ermöglichen den Partnerstaaten den Kauf von Ausrüstung und Telekommunikationsdienstleistungen, die eine zuverlässige und rasche Verbindung mit Forschern überall auf der Welt ermöglichen.

Yves Sillard,  
Beigeordneter  
NATO-Generalsekretär für  
Wissenschafts- und  
Umweltangelegenheiten (links), im  
Oktober 1999  
während eines  
Treffens mit dem  
rumänischen  
Präsidenten Emil  
Constantinescu im  
Vorfeld der Tagung  
des Wissenschaftsausschusses  
in Bukarest.

(Foto: NATO)



Im Gegensatz zu den obengenannten Programmen, die durch Zusammenarbeit geprägt sind, geht die Infrastrukturunterstützung nur in eine Richtung; die Mittel fließen von der NATO in die Partnerstaaten und -institute. In einem ersten Schritt wird beispielsweise durch das Programm ein Berater in einen Partnerstaat entsandt, der bei einer Bedarfsanalyse behilflich ist. Anschließend werden unter Umständen Vorschläge zum Kauf von Vernetzungsausrüstung erarbeitet und die Anfangsfinanzierung von Computernetzen gewährleistet.

In jedem Fall müssen die Vorschläge mehrere Institute einbeziehen, den Bedarf einer großen Zahl von Nutzern nachweisen, vorhandene Internet-Einrichtungen in vollem Umfang integrieren und einen Plan im Hinblick darauf enthalten, dass sich das Projekt langfristig selbst tragen kann.

Ein weiterer wichtiger Kooperationsbereich, die Wissenschafts- und Technologiepolitik, befasst sich mit Fragen wie Organisation und Verwaltung von Forschungsprogrammen, Weiterleitung interessanter Forschungsthemen an die Industrie, Patente, Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben und Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz des geistigen Eigentums. Dieser Bereich lässt sich zum Teil auf die Bitten von Wissenschaftlern und Regierungsvertretern der Partnerstaaten um Hilfe bei der sozialen Wiedereingliederung ehemals völlig isolierter Verteidigungssektoren zurückführen; man wollte lernen, wie man ohne eine ausgeprägt hierarchische Struktur arbeiten kann und wie sich ein wirkungsvolleres Gutachtersystem organisieren lässt.

Wie im Bereich der Computervernetzung können Partnerstaaten beantragen, dass ihnen ein Berater bei einer ersten Prüfung ihrer Wissenschaftspolitik behilflich ist. Zu den anderen Initiativen zählt ein neues Praktikantenprogramm, das Vertretern der Partnerstaaten ermöglicht, in geeigneten Einrichtungen der NATO-Staaten Erfahrungen zu sammeln.

## Angewandte Wissenschaft und Technologie

Das Unterprogramm „Wissenschaft für den Frieden“ soll den Partnerstaaten den Übergang zu einem marktwirt-

schaftlichen und umweltverträglichen System erleichtern. Hierbei handelt es sich um Projekte der angewandten Wissenschaft, die sich in der Regel mit gewerblichen Fragen oder Umweltproblemen befassen und sich nach dem Förderzeitraum von vier bis fünf Jahren selbst tragen müssen.

Wissenschaftler der Partnerstaaten haben größtes Interesse an diesem Unterprogramm bekundet. Von den mehr als 1 500 Vorschlägen, die im Rahmen der drei ersten Ausschreibungen eingingen, konnten mit den verfügbaren Mitteln nur weniger als acht Prozent unterstützt werden.

Unter den PFP-Projekten sind einige für die Industrie relevante Projekte, z.B. das Projekt „Lasergestützte saubere Technologien zur Herstellung intelligenter Sensoren“, an dem ungarische, belgische und rumänische Forscher beteiligt sind. Andere Projekte konzentrieren sich auf Umweltfragen und betreffen beispielsweise „Katalytische und elektrochemische Prozesse zur Verringerung von Natriumdioxid- und Stickoxidemissionen“ – ein Projekt, an dem russische, griechische, amerikanische, dänische und rumänische Wissenschaftler mitarbeiten.

## Ein fester Bestandteil der Umgestaltung der NATO

Zwei der Prioritäten, die sich NATO-Generalsekretär Lord Robertson für den Weg des Bündnisses in das 21. Jahrhundert gesetzt hat, bestehen darin, engere Beziehungen zwischen der NATO und Russland herzustellen sowie die Verbindungen zwischen der NATO und ihren anderen Partnerstaaten weiter zu stärken. Durch die Förderung des Dialogs und die zunehmende Nutzung von Ressourcen, die während des Kalten Krieges militärischen Zwecken dienten, für kooperative Vorhaben trägt das Wissenschaftsprogramm der NATO dazu bei, dass diese Ziele erreicht werden können. ■

Vollständige Informationen (auch Antragsformulare) sind zugänglich über <http://www.nato.int/science>.

# WICHTIGE ARTIKEL IN DER ALPHABETISCHEN REIHENFOLGE DER VERFASSER



INDEX 1999

	Nr.	Seite
<b>AKÇAPAR, Burak:</b> PfP-Ausbildungszentren: Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden	3	31
<b>AXWORTHY, Lloyd:</b> Der neue Sicherheitsauftrag der NATO	4	8
<b>BALANZINO, Sergio:</b> Die humanitäre Unterstützung der NATO für die Opfer der Kosovo-Krise	2	9
<b>BOLAND, Frank:</b> Die NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit: Vorbereitung auf künftige Herausforderungen	2	26
<b>BRING, Ove:</b> Sollte die NATO bei der Konzeption einer Doktrin der humanitären Intervention die Führung übernehmen?	3	24
<b>CLARK, General Wesley:</b> Wenn Waffengewalt nötig ist: Die militärische Reaktion der NATO auf die Kosovo-Krise	2	14
<b>CRAGG, Anthony:</b> Ein neues Strategisches Konzept für eine neue Ära	2	19
<b>DAHINDEN, Martin:</b> Die Sicherheitspolitik der Schweiz und ihre Partnerschaft mit der NATO	4	24
<b>DALE, Charles J.:</b> Auf dem Weg zu einer Partnerschaft für das 21. Jahrhundert	2	29
<b>DE WITTE, Pol:</b> Die Förderung von Stabilität und Sicherheit im südlichen Kaukasus	1	14
<b>DINI, Lamberto:</b> Die Verantwortung für die Sicherheit des Balkans	3	4
<b>DOMÍNGUEZ, Jorge:</b> Argentinien als südatlantischer Partner der NATO	1	7
<b>FRLEC, Boris:</b> Die Förderung der Stabilität Südosteuropas aus slowenischer Sicht	4	16
<b>GORKA, Sebestyén:</b> Die NATO nach der Erweiterung: Steht sich das Bündnis besser?	3	33

	Nr.	Seite
<b>HAIN-COLE, Crispin:</b> Die Gipfeliniziativa zu den Massenvernichtungswaffen (MVW): Begründung und Ziele	2	33
<b>HOMBACH, Bodo:</b> Der Stabilitätspakt: Erschließung neuer Möglichkeiten auf dem Balkan	4	20
<b>JACKSON, Generalleutnant Sir Mike:</b> Die KFOR: Sicherheit für eine bessere Zukunft des Kosovo	3	16
<b>KLAIBER, Klaus-Peter:</b> Der Aktionsplan zur Mitgliedschaft: Die Tür zur NATO offenhalten	2	23
<b>KOUCHNER, Bernard:</b> Der schwierige Wiederaufbau des Kosovo	3	12
<b>NYE Jr, Joseph S.:</b> Die Neubestimmung der Bündnismission im Informationszeitalter	4	12
<b>OLBOETER, Generalleutnant Dr. Hartmut:</b> Eine neue Akademie für eine neue NATO	3	28
<b>ROBERTSON, Lord:</b> Die NATO im neuen Jahrtausend	4	3
<b>RUEB, Matthias:</b> Der Wiederaufbau des Kosovo: Auf dem richtigen Weg – aber wohin?	3	20
<b>SCHULTE, Nancy T.:</b> Das Wissenschaftsprogramm der NATO intensiviert die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten	4	29
<b>SOLANA, Javier:</b> Der Washingtoner NATO-Gipfel: Ein kühner Schritt ins 21. Jahrhundert	1	3
<b>SOLANA, Javier:</b> Eine entscheidende Wegmarke für die NATO: Die Beschlüsse des Washingtoner Gipfeltreffens und die Kosovo-Krise	2	3
<b>VAN DER LAAN, Luc:</b> Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland auf dem Gebiet der Luftverteidigung	1	17
<b>VENTURONI, Admiral Guido:</b> Die Washingtoner Gipfeliniziativa und die Instrumente der NATO für die Aufgaben des nächsten Jahrhunderts	3	8
<b>ZANDEE, Dick:</b> Zivil-militärische Beziehungen bei Friedensoperationen	1	10





## INHALTE DER EINZELNEN NUMMERN

Seite

Seite

**Nr.1 (Frühjahr 1999)**

<b>Der Washingtoner NATO-Gipfel: Ein kühner Schritt ins 21. Jahrhundert</b> Javier Solana	3
<b>Argentinien als südatlantischer Partner der NATO</b> Jorge Domínguez	7
<b>Zivil-militärische Beziehungen bei Friedensoperationen</b> Dick Zandee	10
<b>Die Förderung von Stabilität und Sicherheit im südlichen Kaukasus</b> Pol de Witte	14
<b>Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland auf dem Gebiet der Luftverteidigung</b> Luc van der Laan	17
<b>Dokumentation</b>	
Ministertagung des Nordatlantikrats, Brüssel, 8. Dezember	18
Erklärung zu Bosnien und Herzegowina, Brüssel, 8. Dezember	20
Erklärung zum Kosovo, Brüssel, 8. Dezember	21
KSE-Erklärung, Brüssel, 8. Dezember	21
Tagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats – Zusammenfassung des Vorsitzenden, Brüssel, 8. Dezember	23
Aktionsplan des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats 1998-2000 (aktualisierte Fassung)	23
Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission, Brüssel, 9. Dezember	26
Erklärung des Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates, Brüssel, 9. Dezember	27
Tagung des Nordatlantikrats auf Verteidigungsministerebene, Brüssel, 17. Dezember	27
Verteidigungsausgaben der NATO-Länder (1975-1998)	31

**Nr. 2 (Sommer 1999)**

<b>Eine entscheidende Wegmarke für die NATO: Die Beschlüsse des Washingtoner Gipfeltreffens und die Kosovo-Krise</b> Javier Solana	3
<b>Die humanitäre Unterstützung der NATO für die Opfer der Kosovo-Krise</b> Botschafter Sergio Balanzino	9
<b>Wenn Waffengewalt nötig ist: Die militärische Reaktion der NATO auf die Kosovo-Krise</b> General Wesley K. Clark	14
<b>Ein neues strategisches Konzept für eine neue Ära</b> Anthony Cragg	19
<b>Der Aktionsplan zur Mitgliedschaft: Die Tür zur NATO offenhalten</b> Botschafter Klaus-Peter Kläiber	23
<b>Die NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit: Vorbereitung auf künftige Herausforderungen</b> Frank Boland	26
<b>Auf dem Weg zu einer Partnerschaft für das 21. Jahrhundert</b> Charles J. Dale	29
<b>Die Gipfelinitiative zu den Massenvernichtungswaffen (MVW): Begründung und Ziele</b> Crispin Hain-Cole	33
<b>Dokumentation</b>	
Erklärung von Washington	D1
NATO-Gipfelerklärung zum Kosovo	D1
Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs	D2
Das strategische Konzept des Bündnisses	D7
Aktionsplan zur Mitgliedschaft	D13
Initiative zur Verteidigungsfähigkeit	D16

**Nr. 3 (Herbst 1999)**

<b>Ein Bündnis gewappnet für das 21. Jahrhundert</b> Brief des Generalsekretärs	3
<b>Die Verantwortung für die Sicherheit des Balkans</b> Lamberto Dini	4
<b>Die Washingtoner Gipfelinitiativen und die Instrumente der NATO für die Aufgaben des nächsten Jahrhunderts</b> Admiral Guido Venturoni	8
<b>Der schwierige Wiederaufbau des Kosovo</b> Bernard Kouchner	12
<b>Die KFOR: Sicherheit für eine bessere Zukunft des Kosovo</b> Generalleutnant Sir Mike Jackson	16
<b>Der Wiederaufbau des Kosovo: Auf dem richtigen Weg – aber wohin?</b> Matthias Rüb	20
<b>Sollte die NATO bei der Entwicklung einer Doktrin der humanitären Intervention die Führung übernehmen?</b> Ove Bring	24
<b>Eine neue Akademie für eine neue NATO</b> Generalleutnant Dr. Hartmut Olboeter	28
<b>PIP-Ausbildungszentren: Verbesserung des Ausbildungs- und Unterrichtsangebots im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden</b> Burak Akçapar	31
<b>Die NATO nach der Erweiterung: Steht das Bündnis besser da?</b> Sebestyén L.v. Gorka	33

**Nr. 4 (Winter 1999)**

<b>Die NATO im neuen Jahrtausend</b> Lord Robertson	3
<b>Der neue Sicherheitsauftrag der NATO</b> Lloyd Axworthy	8
<b>Die Neubestimmung der Bündnismission im Informationszeitalter</b> Joseph S. Nye, Jr.	12
<b>Die Förderung der Stabilität Südosteuropas aus slowenischer Sicht</b> Boris Frlec	16
<b>Der Stabilitätspakt: Erschließung neuer Möglichkeiten auf dem Balkan</b> Bodo Hombach	20
<b>Die Sicherheitspolitik der Schweiz und ihre Partnerschaft mit der NATO</b> Martin Dahinden	24
<b>Das Wissenschaftsprogramm der NATO intensiviert die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten</b> Nancy T. Schulte	29

IN COMMEMORATION  
OF ALL THOSE  
WHO SERVED  
IN THE  
CAUSE OF  
PEACE AND  
FREEDOM

50<sup>th</sup> ANNIVERSAIRE - 50<sup>th</sup> ANNIVERSARY



NATO 1949-1999

EN HOMMAGE  
À TOUS CEUX  
QUI ONT  
SERVI  
LA CAUSE  
DE LA PAIX  
ET DE LA LIBERTÉ

*Am 9. November 1999 enthüllen die  
Stabschefs der Bündnisstaaten in der  
NATO-Zentrale eine Gedenktafel zum  
50. Jahrestag der Gründung der NATO.*

(Foto: AP)

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft  
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH  
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim  
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

# nordatlantikvertragsorganisation



*belgien  
dänemark  
deutschland  
frankreich  
griechenland  
grossbritannien  
island  
italien  
kanada  
luxemburg  
niederlande  
norwegen  
polen  
portugal  
spanien  
türkei  
tschechische republik  
ungarn  
usa*